:antifaschistische nachrichten

Nr. 13

g 3336 1.7.2004 20. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Neofaschisten erhalten 53 Kommunalmandate

Nach der Kommunalwahl in Sachsen sind Rechtsextreme in fünf Kreistagen und zwölf Räten vertreten. Landespolitiker zeigen sich betroffen, örtliche Initiativen sind von den Wahlerfolgen aber alles andere als überrascht.

An einen solchen Zuspruch hat die NPD in Reinhardsdorf-Schöna wohl selbst nicht geglaubt. 25,4 Prozent der Bürger votierten für die rechtsextreme Partei. Das hätte für drei Mandate gereicht; es gab aber nur zwei Kandidaten. Nun bleibt ein Sitz ungenutzt.

Zur Erleichterung bietet dieser Fauxpas keinen Anlass, schließlich haben Rechtsextreme bei der sächsischen Kommunalwahl am Sonntag einen beispiellosen Erfolg verbuchen können. NPD und Republikaner erhalten zusammen 13 Mandate in Kreistagen sowie 40 Sitze in Stadt- und Gemeinderäten. Im Kreistag der Sächsischen Schweiz stellt die NPD künftig die drittstärkste Fraktion; in einigen Gemeinden ist sie gar zweite Kraft. Mit Zustimmung für die NPD war besonders in der Sächsischen Schweiz gerechnet worden. Dort gelangen der Partei auch früher teils zweistellige Ergebnisse. NPD-Hochburg ist die Region noch immer. Künftig aber sind Rechtsextreme flächendeckend in Kommunalparlamenten vertreten. Im Muldentalkreis reicht es für die NPD zur Fraktionsstärke, in Chemnitz für die Republikaner. Zwei oder mehr Mandate gab es zudem unter anderem in den Räten von Dresden, Annaberg, Freiberg, Riesa, Wurzen, Meißen und Sebnitz.

Das Erschrecken über den Wahlerfolg, den beide Parteien durch mehr als drei Prozent Zustimmung bei der Europawahl untermauerten, ist groß.

weiter Seite 3

Aus dem Inhalt:

60. Jahrestag des SS-Massakers in Distomo 8
Adalbert-Preisverleihung an Kohl – ein Skandal 10
Symposium zu hilfsbedürftigen NS-Verfolgten 14

Rund 200 Neofaschisten konnten am Samstag, 26. Juni in Bochum gegen den geplanten Synagogenbau demonstrieren. Das BVG hatte zuvor Verbotsverfügungen von NRW-Gerichten aufgehoben.

Gedenkstättenkonzept der CDU/CSU:

Zeugnis unbewältigter NS-Vergangenheit

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat einen ursprünglich im November 2003 eingereichten, im Ergebnis des sächsischen Gedenkstättenstreits zu Beginn desJahres zurückgezogenen Antrag zur Gedenkstättenförderung Anfang Mai in nur geringfügig geänderter Fassung wieder eingebracht. Unter geschichtsrevisionistischen Formeln wie „Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland" und „würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen" soll die seit Jahren angestrebte und bereits vielfach anzutreffende Parallelisierung von DDR und NS-Diktatur in der Gedenkpolitik der Bundesrepublik festgeschrieben werden.

Das vorgelegte Konzept beweist und veranschaulicht: Einflussreiche Gruppen im konservativen Lager sind noch im 60. Jahr nach der Befreiung vom Faschismus nicht gewillt und nicht fähig, den überfälligen konsequenten Bruch mit der Nazibarbarei auch durch die bedingungslose Anerkennung der weltgeschichtlichen Einzigartigkeit – und in diesem Sinn auch Unvergleichbarkeit – der Art und der Dimension ihrer Verbrechen gegen die Menschheit zu vollziehen. Es ist bezeichnend, dass Verbrechen wie die europaweite Eroberungs-, Ausplünderungs- und Vernichtungspolitik zwischen 1938 und 1945 nicht einmal einer Erwähnung wert befunden werden.

Die angestrebte Parallelisierung führt zwangsläufig dazu, dass zuvor unvorstellbare Untaten bagatellisiert werden. Der Antrag listet mehr auf die DDR als auf die NS-Diktatur bezogene Gedenkorte auf. Die angebliche „Pluralität der Konzeptionen" äußert sich in Angriffen auf antifaschistische Traditionen der DDR und fehlender Kritik an Kontinuitäten und Verdrängungen in der Bundesrepublik.

Es ist nur folgerichtig, dass sich unter den Unterzeichnern Namen finden, die Symbolwert dafür haben, die Nazivergangenheit zu bagatellisieren. Einige von ihnen ließen dies auch in der ungeklärten Hohmann-Affäre oder der jüngsten Vertreibungsdebatte erkennen, darunter Peter Gauweiler, Vera Lengsfeld, Günter Nooke und Erika Steinbach.

Der Antrag stellt am Beginn einer neuen Wahlperiode des Parlaments der soeben erheblich vergrößerten EU eine Provokation der europäischen Opfer des Faschismus, ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen, der entschieden antinazistisch gesinnten Mehrheit der europäischen Bevölkerung dar. Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages, aber auch darüber hinaus Politiker, Publizisten, Wissenschaftler, Lehrer, Bürgerinnen und Bürger, sollten sich dieser Tragweite der anstehenden Kontroversen und ihrer persönlichen Stellungnahme bewusst sein.

Prof. Dr. Ludwig Elm,
Bundessprecher der VVN-BdA ■

BVG genehmigt Demonstration gegen Synagogenbau in Bochum

Bochum. Ca 200 Nazi konnten am 26.6. in Bochum-Ehrenfeld gegen den Bau einer Synagoge in Bochum demonstrieren, nachdem das Bundesverfassungsgericht das Verbot am Freitag aufgehoben hatte.. Sie wurden von einem gewaltigen Polizeiaufgebot geschützt. Es gab mehr als ein Dutzend strafrelevante Vorfälle bei der Nazi-Demo, die es der Polizei ermöglicht hätte, die Demonstration aufzulösen. Der zuständige Staatsanwalt war anwesend und hat die Vorfälle nicht zum Anlass genommen zu intervenieren. Das Ganze gipfelte darin, dass die Nazis skandierten „Juden raus“. Einige Hundert DemonstrantInnen haben versucht ihre Abscheu darüber zum Ausdruck zu bringen.

Lutz Berger von der VVN-BdA Bochum schreibt: „Bei der Nazidemo ist unendlich viel gegen Auflagen und Gesetze verstoßen worden. So habe ich einem Polizisten, der auf der Bessemerstr. bei der leider erfolglosen Blockade die Nazis vor mir und anderen friedlichen BürgerInnen schützen musste, darauf hingewiesen, dass einer der Nazis sehr deutlich die Buchstabenkombination SA trug. Der Polizist war nicht einmal bereit, sich umzudrehen und dies zur Kenntnis zu nehmen. Er sprach lediglich ausgesprochen freundlich und korrekt davon, dass er ja nur seinen Job macht und dass die Einsatzleitung alles im Griff hat. Eine Meldung an die Einsatzleitung wollte er nicht machen.

Die vielen antisemitischen Sprüche, Rufe, dass man Synagogen nur in Israel haben will, Hetze gegen „Zigeuner“ und Ausländer, das alles konnte die Polizei nicht bewegen, den grässlichen Aufmarsch für beendet zu erklären. Die Aufforderung bei der Abschlusskundgebung, den Bau der Synagoge während der Bauzeit massiv zu behindern, war doch wohl Aufforderung zur Gewalt.

Ich bitte darum, aufzufordern, dass alle ihre Erlebnisse bei der Demo bei boalternativ veröffentlichen und dass damit eine Klage gegen die Einsatzleitung durchgeführt werden kann.“

www.bo-alternativ.de ■

Holocaust-Leugner verurteilt

Bad Oeynhausen/Vlotho. Das Amtsgericht von Bad Oeynhausen hat Ursula Haverbeck-Wetzel (75) und Ernst-Otto Cohrs (82) wegen „Volksverhetzung“ verurteilt. Die in der Zeitschrift „Stimme des Gewissens“ des Vlothoer „Collegium Humanum“ abgedruckten Artikel leugneten den Holocaust insgesamt und sollten das deutsche Volk von jeglicher Schuld reinwaschen, urteilte die Richterin. Dabei gehe es den Angeklagten nicht um die Zahl der ermordeten Juden, sondern um die Entkriminalisierung der NS-Verbrechen. So sei die „Reichskristallnacht“ als „Beginn der großen Lüge“ bezeichnet worden die „endgültig zu Fall zu bringen“ sei: die „Auschwitz-Lüge“. Zu Beginn der Verhandlung sorgte der nun mit Berufsverbot belegte Berliner Anwalt Horst Mahler, ehemals NPD, für Irritationen. Er hatte sich als „Assistent der Verteidigung“ neben die Angeklagten gesetzt. Dagegen intervenierte die Richterin und Mahler mußte einen Stuhl weiter rücken. Haverbeck-Wetzel muß nun 180 Tagessätze zu je 30 Euro und Cohrs 180 Sätze zu 20 Euro Strafe zahlen. *hma* ■

Sachverständiger erschossen

Russland/St. Petersburg. Der Ethnologe Nikolai Girenko (60) ist in seiner Wohnung in St. Petersburg erschossen worden. Girenko hatte zahlreiche Expertisen für Gerichtsverfahren gegen russische Neofaschisten verfasst. Außerdem hatte der Vorsitzende der Kommission für die Rechte von Minderheiten in St. Petersburg eine Studie zur Skinhead-Gruppe „Schulz 88“ erstellt, die durch ihre Gewalttaten gegen dunkelhäutige Menschen aus dem Kaukasus bekannt wurde. Russische Bürgerrechtler vermuten hinter der Tat Neofaschisten. St. Petersburg gilt neben Woronesch und Krasnodar als eine der Neonazi-Hochburgen in Russland.

Inzwischen hat eine bislang unbekannte neofaschistische Gruppierung mit dem Namen „Russische Republik“ auf ihren Internetseiten ein „Todesurteil“ ihrer sog. „Regierung“ gegen Girenko veröffentlicht. *hma* ■

Rechte Demos gegen „Agenda 2010“

Brandenburg. Neonazis setzen verstärkt auf „soziale“ Demagogie. Das neofaschistische „Nationale und Soziale Aktionsbündniss Mitteldeutschland“ (NSAM) und der sogenannte „Märkische Heimatschutz“ (MHS) haben eine Kampagne gegen die „Agenda 2010“ in Brandenburg begonnen. Unter dem Motto „Gegen die AGENDA 2010 – Ein neues System bietet neue Möglichkeiten“ wurden in Städten wie z.B. Prenzlau, Joachimsthal und Strausberg bereits Anfang Juni für eine Woche Plakate aufgehängt. Angekündigt werden auch eine Reihe von neofaschistischen Aufmärschen gegen die „Agenda 2010“ bis zum Oktober. So u.a. in Gotha (3. Juli), Magdeburg (10. Juli), Dresden (24. Juli), Jena (4. September) und Berlin (9. Oktober).

hma ■

DVU-Fest

Büdelsdorf. Der Landesverband Schleswig-Holstein der „Deutschen Volksunion“ (DVU) führt am 17. Juli ab 15 Uhr im Raum Büdelsdorf ein Grillfest durch. Kontaktadresse ist der DVU-Aktivist Heinrich Henftling, ein ehemaliger Justizbeamter aus Reinbek. *hma* ■

VAWS-Festival in Kärnten

Oberhausen/Wels. Der neofaschistische Buch- und Musikverlag Werner Symanek (VAWS) will nun sein 4. Musik-Festival vom 9. bis 11.Juli im österreichischen Kärnten durchführen. Angeboten wird Musik aus den Sparten Gothic, Industrial und Neofolk sowie Disco und Kunst. Neben den einschlägig bekannten Bands „Forthcoming Fire“ und „Von Thronstahl“ sollen auch „Cawatana“, „Near Death Experience“, „PTT“, „Rose Rovine E Amanti“, „1979“, „Anonkrata“, „Belborn“ und „Tyr-Kreis“ dort auftreten. Symanek war bis in die 90er für das neofaschistische Monatsblatt „Unabhängige Nachrichten“ tätig. Die neueste Ausgabe des „VAWS-Report“ wirbt u.a. für das Buch „SPD – eine kriminelle Organisation?“, das vom „VAWS-Pressebüro West“ erstellt wurde. *hma* ■

Verfahren gegen NPD-Plakat eingestellt

Berlin. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat das Verfahren wegen des Plakates „Gute Heimreise“ eingestellt. Nachdem die Bremer Staatsanwaltschaft gegen unbekannte Plakatkleber ein Verfahren eingeleitet hat und die Polizei veranlasste, bereits gehängte Plakate abzunehmen, wurde das Verfahren gegen den Parteivorstand der NPD an die dafür zuständige Staatsanwaltschaft Berlin abgegeben. Die entschied auf Einstellung. Grund zur Freude auf Seiten der NPD. Deren Pressesprecher Klaus Beier erklärte: Die NPD werde sich auch von einem Staatsanwalt nicht davon abhalten lassen, brennende politische Probleme öffentlich anzusprechen. Man wolle jetzt nachdrucken. ■

Keine Konkurrenz-Kandidatur geplant

NPD und DVU wollen sich bei Landtagswahlen am 19. September in Sachsen und Brandenburg gegenseitig keine Konkurrenz machen. „Die Vorstände emp-

Länderübersicht:	REP		NPD		ödp		PBC		CM		BüSo		Deutschland		DP	
Bundesland	2004	%	2004	%	2004	%	2004	%	2004	%	2004	%	2004	%	2004	%
1 Schleswig-Holstein	3.962	0,5	4.206	0,5	1.131	0,1	2.152	0,3	923	0,1	525	0,1	2.380	0,3	1.499	0,2
2 Hamburg	1.597	0,4	1.836	0,4	669	0,2	1.025	0,2	252	0,1	314	0,1	1.214	0,3	673	0,2
3 Niedersachsen	21.974	0,9	17.201	0,7	3.400	0,1	7.819	0,3	3.039	0,1	1.349	0,1	9.370	0,4	6.123	0,3
4 Bremen	1.582	0,9	1.484	0,8	222	0,1	766	0,4	169	0,1	121	0,1	941	0,5	850	0,5
5 Nordrhein-Westfalen	62.811	1,2	31.600	0,6	10.056	0,2	13.724	0,3	7.726	0,1	3.099	0,1	22.098	0,4	10.548	0,2
6 Hessen	36.901	2,3	13.061	0,8	3.478	0,2	6.412	0,4	3.402	0,2	1.190	0,1	8.236	0,5	6.230	0,4
7 Rheinland-Pfalz	45.928	2,7	12.674	0,7	5.951	0,4	6.269	0,4	2.991	0,2	890	0,1	9.870	0,6	3.731	0,2
8 Baden-Württemberg	108.602	2,8	21.764	0,6	21.882	0,6	28.434	0,7	7.925	0,2	1.802	0,1	23.867	0,6	7.117	0,2
9 Bayern	81.647	2,3	20.173	0,6	87.806	2,4	11.081	0,3	7.249	0,2	2.312	0,1	15.525	0,4	6.562	0,2
10 Saarland	5.498	1,3	7.311	1,7	676	0,2	469	0,1	972	0,2	246	0,1	1.915	0,4	1.117	0,3
11 Berlin	12.638	1,4	8.504	0,9	1.936	0,2	2.201	0,2	1.051	0,1	1.117	0,1	4.220	0,5	2.528	0,3
12 Brandenburg	7.229	1,3	9.932	1,8	1.296	0,2	1.584	0,3	1.296	0,2	963	0,2	3.854	0,7	1.816	0,3
13 Mecklenburg-Vorpommern	6.250	1,0	10.463	1,7	671	0,1	1.488	0,3	644	0,1	698	0,1	4.962	0,8	1.265	0,2
14 Sachsen	52.843	3,4	50.955	3,3	2.624	0,2	11.053	0,7	5.082	0,3	3.374	0,2	12.299	0,8	5.166	0,3
15 Sachsen-Anhalt	13.532	1,7	13.116	1,6	1.789	0,2	2.256	0,3	2.168	0,3	1.903	0,2	5.743	0,7	3.846	0,5
16 Thüringen	22.697	2,2	17.398	1,7	1.892	0,2	1.910	0,2	1.199	0,1	2.106	0,2	8.422	0,8	2.883	0,3
99 Bundesgebiet	485.691	1,9	241.678	0,9	145.479	0,6	98.643	0,4	46.088	0,2	22.009	0,1	134.916	0,5	61.954	0,2

Die Wahlergebnisse der neofaschistischen bzw. zum rechten Spektrum zu zählenden Parteien bei der Europawahl am 13. Juni 2004

Zusammenstellung VVN-BdA Kaiserslautern

Wahlkampfkostenerstattung bei Europawahlen schon ab 0,5 %

Leider war die Annahme in den letzten AN, nur die REP würden wohl Wahlkampfkostenerstattung erhalten, falsch. Ab 05,% gibt es Geld – viel Geld, das erneut in rassistische Hetze investiert werden kann.

Fortsetzung von Seite 1

PDS-Landesvorsitzende Cornelia Ernst spricht von einer „Katastrophe". CDU-Generalsekretär Hermann Winkler sagte, Populisten hätten die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage nutzen können. SPD-Landeschefin Constanze Krehl fordert ein „Bündnis aller demokratischen Parteien".

Regionale Initiativen, die mit der Szene vertraut sind, zeigen sich weit weniger überrascht. Die Zahlen seien „bestürzend in ihrer Höhe", aber kämen „nicht aus der hohlen Hand", sagt Ingo Stange vom „Netzwerk für Demokratie" in Wurzen. Nach vorübergehendem Abflauen rechtsextremer Aktivitäten während des „Aufstands der Anständigen" steige die Zahl der Gewalttaten wieder an. Örtliche Skinhead-Bands laden zu Konzerten; eine Mahnwache gegen „Repression nationaler Jugendlicher" fand regen Zuspruch. Örtliche Politiker wollen derlei Indizien jedoch nicht wahrhaben, klagt Stange: „Es wurde nichts dagegen gesetzt."

Während Demokratiebündnisse vergebens auf Hilfe aus Rathäusern und Ministerien warten, bauen Rechtsextreme geschickt Bastionen aus. Die Ansiedlung des NPD-Verlages „Deutsche Stimme" in Riesa zeigt ebenso Wirkung wie teils emsige Jugendarbeit. So baute der bislang einzige Chemnitzer Republikaner-Stadtrat eine völkische Burschenschaft an einer Schule auf. Fast unbemerkt holte er auch einen NPD-Mann ins Boot. In Dresden bündelten die Rechtsextremen ihre Kräfte. Zudem wird auf charismatisches Personal wie den Fahrlehrer Uwe Leichsenring gesetzt, unter dessen Führung die NPD in Königstein von elf auf 21 Prozent zulegte.

Auftrieb habe die NPD auch durch dilettantische Versuche erhalten, ihr juristisch Einhalt zu gebieten, meint André Hahn, PDS-Politiker aus der Sächsischen Schweiz. Nach dem Scheitern des bundesweiten Verbotsverfahrens und »lächerlich geringen Strafen« im Prozess gegen die regionale Nazi-Kameradschaft SSS hätten führende Köpfe öffentlich zum »Sturm auf die Rathäuser« geblasen. Das Wahlgesetz war dabei hilfreich: Weil die NPD bereits über einen Sitz im Pirnaer Kreistag verfügte, konnte sie diesmal flächendeckend antreten, ohne erneut Unterschriften sammeln zu müssen.

Für Ernüchterung sorgt die Einsicht, dass bisherige Aktivitäten gegen Rechts »offenbar in dieser Form nicht ausreichen«, wie Hahn sagt. Zwar mühen sich Gruppen wie die Pirnaer »Aktion Zivilcourage« oder verschiedene Netzwerke um eine Stärkung der Zivilgesellschaft sowie alternative Kultur- und Politikangebote. Doch die mühselige Arbeit etwa von »Mobilen Beratungsteams« wird durch Rat- und Hilflosigkeit in vielen Rathäusern konterkariert. Eine offene Auseinandersetzung mit bekannten Rechtsextremen findet oft nicht statt, sagt ein Kenner der Szene. Diese fühlen sich nun offensichtlich ermutigt. In Reinhardsdorf hatte der Klempnermeister zuletzt für die »Freien Wähler« kandidiert. Diesmal bekannte er sich offen zur NPD.

Hendrik Lasch, Dresden
ND 16.6.04 ■

Kommunalwahl in Sachsen:
Bei der Gemeinderatswahl im sächsischen Reinhardsdorf-Schöna bekam die NPD 25,4, bei den Stadtratswahlen in Königstein 21,1 Prozent. Hohe Werte erreichte die NPD auch bei der Kreistagswahl in der Sächsischen Schweiz (13,4), in Wurzen (11,8), bei der Stadtratswahl Meißen (9,6), in Annaberg und in Riesa (jeweils 9,0). In Chemnitz bekamen die Republikaner 10,3 Prozent. Das „Nationale Bündnis Dresden" aus Republikanern, NPD, DVU und „Deutsche Partei" konnte 4,1 Prozent verbuchen.

Landtagswahl in Thüringen
Die REP konnten mit 2,0 Prozent (19 831 Stimmen) und die NPD mit 1,5 Prozent (15 697 Stimmen) aufwarten. Im Wahlkreis Rudolstadt II erreichten sie zusammen 5,6 Prozent (REP 3,2%, NPD 2,4%). Ihr bestes Resultat erzielte die NPD mit 4 Prozent im Kyffhäuserkreis I mit 4 Prozent (dort 1 Prozent für die REP). Überdurchschnittlich schnitt die NPD ab in folgenden Wahlkreisen: Saalfeld-Rudolstadt I, II und III (2,8%, 2,4% und 2,4%) sowie Eichsfeld I und Saale-Orla-Kreis II (je 2,1%). Der sich „in desolater Lage" (Thüringer Verfassungsschutz) befindliche Landesverband der REP holte ebenso verschiedentlich respektable Wahlkreisergebnisse: Gotha II (3,1%), Weimarer Land (3,0%), Weimar (2,9%), Erfurt I (2,7%), Altenburger Land I und II (2,7, 2,4%), Sömmerda I/Gotha III sowie Greiz III (je 2,5%).

Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, im Saarland und in Rheinland-Pfalz:
Die NPD errang in Mecklenburg-Vorpommern zehn Mandate (je zwei Sitze im Kreistag Ludwigslust, Kreistag Ostvorpommern und in Stralsund; jeweils ein Sitz im Kreistag Müritz sowie in Ludwigslust, Anklam und Teldau). Ihr bestes Einzelergebnis erzielte sie in Anklam (Ostvorpommern) mit 9,8 Prozent. Sieben Kommunalmandate holte die NPD in Sachsen-Anhalt (Burgenlandkreis, Halle, Quedlinburg, Halberstadt, Sangerhausen, Aschersleben-Staßfurt). Erfolg hatte die NPD auch im Saarland. Mit 9,6 Prozent und fünf Mandaten zieht sie in den Stadtrat von Völklingen ein; zwei Sitze stellt sie im Ortsrat Völklingen Mitte, ferner zwei Bezirksratssitze in Saarbrücken. Für die Republikaner gab es ein Comeback in Rheinland-Pfalz. Sie werden künftig in drei Kreistagen und in fünf Parlamenten der kreisfreien Städte vertreten sein, u.a. in Speyer, Mainz, Frankenthal und Bad Dürkheim.
Im baden-württembergischen Villingen-Schwenningen bekam die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) 6,1 Prozent.

fehlen den nationalen Wählern, in Brandenburg der DVU und in Sachsen der NPD ihre Stimme zu geben“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Parteichefs Gerhard Frey und Udo Voigt. In Brandenburg hatte die DVU bei der Landtagswahl 1999 5,3 Prozent der Stimmen geholt und war mit fünf Mandaten ins Parlament eingezogen. In Sachsen rechnet sich die NPD Chancen auf den Einzug in den Landtag aus, nachdem sie bei der Europawahl am 13. Juni auf 3,3 Prozent gekommen war. Dies könne aber nicht gelingen, „wenn wieder drei oder vier nationale Konkurrenten antreten“, erklärte Voigt. Seine Partei will die bereits erfolgte Meldung zur Brandenburg-Wahl nun zurückziehen.

Quelle: bnr 13 – ts ■

NPD-Konzert geplant

Gera. Für den 10. Juli 2004 hat die NPD(?) – Anmeldestatus ist noch unklar, erneut ein Nazi-Skin-Konzert mit politischer Umrahmung im Park der Jugend angemeldet.Aus diesem Grund hat sich der „Runde Tisch der Stadt Gera am 14.6.04 zu einer außerordentlichen Beratung getroffen.Hier wurde zum Umgang mit dieser Anmeldung Folgendes verabredet: es werden zwei dezentrale Veranstaltungen organisiert und durchgeführt, gemeinsam mit den Bewohnern des Asylbewerberheimes eine „Bürgerbegegnung“, ein Familiennachmittag, sowie ein Kultur- u. Musikbasar auf dem Museumsplatz (Eventfläche vor dem KuK). Hierzu sind alle aufgerufen, sich in diese Veranstaltungen mit einzubringen, d.h. Vorschläge und eigene Aktivitäten sind gefragt, um diesem Anliegen gerecht zu werden. Unter dem Motto. „Das ist unsere Stadt – bunt und tolerant!“ wollen wir ein buntes Treiben auf dem Museumsplatz organisieren, das alle GerarerInnen dazu einlädt.

Nachfragen unter Tel.0365/4364354 oder 0174/9425602, Peter Lückmann i.A. des Runden Tisch....Gera e- mail: info@gruene-gera.de ■

„Gotha bleibt bunt!“

Gotha. „Wir werden sie nicht los, die braunen Geister. Nicht durch totschweigen und wegschauen. Sie sind im Landkreis aktiv und machen sich immer wieder lautstark bemerkbar. Auch in diesem Jahr wollen die Ewiggestrigen wieder durch Gotha marschieren. Sie wollen Gotha zur „national befreiten Zone“ machen und fühlen sich mit ihrer Fremdenfeindlichkeit und ihrem Rassismus als Meinungsführer in unserer Stadt.

Wir – ein breites Bündnis der demokratischen Kräfte in Stadt und Landkreis Gotha – wollen diesem Spuk endlich ein Ende bereiten.“ So der Aufruf des Bündnisses „Gotha bleibt bunt“. Mit einer Aktionsmeile in der Gothaer Innenstadt will das Bündnis mit Musik und kulturellen Angeboten zeigen, dass die Gothaer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus zur Wehr setzt.

Samstag, den 3.7.04

„Aktionsmeile“ zwischen der Augustinerkirche und der Margaretenkirche in Gotha ab 14 Uhr Musik, Diskussion, Infostände.

17.00 Uhr Demonstration gegen Rassismus und Rechtsextremismus „Gotha bleibt bunt!“ symbolisches „Straße kehren“ Treffpunkt 16.45 Uhr Myconiusplatz

Andreas Mölzer für FPÖ im Europaparlament

Andreas Mölzer (Jg. 1952), einstiger Chefideologe der FPÖ, vertritt künftig als einziger Abgeordneter die FPÖ in Brüssel. Geführt wurde Mölzers Vorzugsstimmen-Kampagne, die sich auf die „Kernschichten“ der FPÖ, darunter deutschnationale Burschenschaften, konzentrierte, unter dem Slogan „Für die Rechte der deutschen Altösterreicher in der EU!“. Unterstützung fand der Burschenschafter (Akademisches Corps Vandalia zu Graz) vom Komitee „Andreas Mölzer – ein österreichischer Patriot für Europa“, das unter anderem von Ewald Stadler (Unterstützer der rechtsklerikalen Priesterbruderschaft St. Pius X.), John Gudenus (Mitherausgeber von „Zur Zeit“, Interviewpartner der „National-Zeitung“) und Robert Prantner (Referent bei der zwischenzeitlich aufgelösten Polit-Psycho-Sekte VPM und dem rechtsextremen Kulturwerk Österreich) angeführt wurde. Publizistische Unterstützung boten extrem rechte Blätter wie „Der Eckart“ (Untertitel: „So weit die deutsche Sprache reicht“), die Zeitschrift der Österreichischen Landsmannschaft. Dort konnte Mölzer seine europapolitischen Vorstellungen in Form von Interviews zum Besten geben. Mölzer: „Der Weg zu einem europäischen Bundesstaat mit einem ethnisch-kulturellen Schmelztiegel der Völker, in dem die nationalen Identitäten, die Völker und Volksgruppen aufgehen, ist im Grunde eine Horrorvision.“ Die Zuwanderung nach Europa, das bei Mölzer dort endet, „wo das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation mit seiner Strahlkraft hingereicht hat“, habe seiner Auffassung nach „längst alle erträglichen Grenzen überschritten“: „Hier hat sich eine nicht integrationswillige und nicht integrationsfähige Zuwandererbevölkerung ergeben, die eindeutig ein kultureller und ethnischer Fremdkörper ist.“

In rechtsextremen Kreisen ist Mölzer seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt und geschätzt. Sei es als Referent beim Kulturwerk Österreich, bei der Gesellschaft für freie Publizistik, der Sommeruniversität der „Jungen Freiheit“, dem Verein Die Deutschen Konservativen, den Republikanern oder beim „Süddeutschen Forum“. Ebenso wirkte Mölzer als Autor in rechtsextremen Blättern wie unter anderem der „Jungen Freiheit“, den „Deutschen Monatsheften“ oder im „Report“ des Nationaldemokratischen Hochschulbunds und griff für den Hohenrain-Verlag sowie den Druffel-Verlag zur Feder.

Anton Maegerle, www.bnr.de ■

Naziaufmarsch in Gladenbach

Gladenbach. Die Neonazis vom Aktionsbündnis Mittelhessen wollen am 17. Juli wieder einmal durch Gladenbach marschieren. Abmarsch ist um 12 Uhr, sie wollen sich jedoch aus „Sicherheitsgründen“ um 10 Uhr an verschiedenen Vorabtreffs sammeln und in Kolonne in die Gladenbacher Innenstadt fahren. Zeitgleich findet auch in Eisenach – ebenfalls in Rahmen der Kampagne Agenda 2010 am 17. Juli – Auftakt 12 Uhr Marktplatz – ein Aufmarsch statt. ■

NPD-Pressefest

Das diesjährige Pressefest der NPD soll am 7. August stattfinden. Als Redner sind Nikolaj Skorodumov, Herbert Schweiger, Hajo Herrmann, Professor Klaus Sojka, Gerhoch Reisegger und Udo Voigt vorgesehen, spielen sollen Frank Rennicke, Jörg Hähnel, Marko (Sleipnir), Michael Müller sowie die Gruppen Kraftschlag, Youngland (USA) und Radikahl. *gammanews* ■

Ehrung für den Kantor Kurt Thomas verworfen

Frankfurt. Der Aufruf einer Initiative zur Verhinderung jeder öffentlichen Ehrung für Kurt Thomas hat nach fast sechswöchiger Debatte einen bemerkenswerten Erfolg erzielt: eine linke Mehrheit der Stadtverordneten (SPD, Grüne, PDS, Ökolinx, Europaliste und FAG) beschloss, Kurt Thomas in Frankfurt nicht öffentlich zu ehren. Für die Ehrung von Kurt Thomas setzen sich CDU, FDP, BFF und Republikaner ein. Der Aufruf, unterschrieben von den führenden RepräsentantInnen der evangelischen Kirche in Frankfurt, dem DGB-Regionsvorsitzenden, den SprecherInnen der Anti-Nazi-Koordination, der Autonomen Antifa [f] und einer größeren Zahl von Einzelpersönlichkeiten hatte eine Debatte in Gang gesetzt, die in letzter Stunde die für den 16. Mai vorgesehen Ehrung des ehemaligen Leiters des Musischen Gymnasiums Frankfurt verhindert hatte.

weiter auf Seite 6

Aktion gegen NPD-Treffen am 11. Juni in Augsburg

Am Freitag, den 11. Juni 2004, wollten sich die Nazis auf Einladung von NPD und DVU in der Gaststätte „Rheingold" im Textilviertel zu einer Europa-Wahlkampf-Veranstaltung treffen. Nachdem AntifaschistInnen im Vorfeld mit Anwohnern und der Wirtin gesprochen hatten, blieb die Gaststätte an diesem Tag geschlossen.

Außerdem trafen sich rund 100 AntifaschistInnen gegen 18 Uhr vor dem „Rheingold", um eventuell trotzdem anreisende FaschistInnen gebührend zu begrüßen. Diese hatten ebenfalls ein Empfangskomitee geschickt: unter anderem Wolfgang Teufel (NPD-Vorsitzender Augsburg) und Roland Wuttke (Nationale Opposition, Demokratie Direkt München mit Kontakten zur sog. „Kameradschaft Süd" um den Rechtsterroristen Martin Wiese), die sich mit den anwesenden Polizeikräften freundlich unterhielten und „quasi nebenbei" ankommende FaschistInnen weiter schickten zur einschlägig bekannten Gaststätte „Waldhorn" in Göggingen.

Die GegendemonstrantInnen sammelten sich daraufhin an einem zuvor beim Ordnungsamt angemeldeten Info-Tisch vor der City-Galerie und informierten die Einkaufenden zum Thema Rechtsradikalismus. Danach fuhren noch rund 80 AntifaschistInnen nach Göggingen, um die Versammlung der Rechtsradikalen zu stören. Als ein Transparent mit der Aufschrift „Stoppt den rechten Terror – gegen den Rassismus der Parlamente, der Amtsstuben, der Gerichtssäle und der Straßen" entrollt wurde, nahm die Polizei insgesamt acht DemonstrantInnen brutal fest. Die AntifaschistInnen wurden zu Boden geworfen und dort zum Teil Minuten lang mit dem Gesicht auf dem Asphalt festgehalten. Anschließend wurden sie – obwohl sie keinen Widerstand leisteten – mit Handschellen eng gefesselt und ins Polizeipräsidium verbracht. Nach Einschaltung eines Rechtsbeistandes wurden die vorwiegend jungen Menschen nach 23 Uhr wieder in die Freiheit entlassen.

Wir werten unsere Aktion trotz der sinnlosen und völlig überzogenen Festnahmen als Erfolg. Es gibt in Augsburg immer noch viele Menschen, die es nicht zulassen, dass die geistigen Erben des Dritten Reiches sich in öffentlichen Räumen treffen und ihre braune Propaganda unters Volk bringen.

Wie werden weiterhin jedes Treffen der Nazis öffentlich machen und zu verhindern suchen. Auch wenn die Staatsgewalt offenbar weniger Probleme mit Rechtsradikalen als mit AntifaschistInnen hat: Wir lassen uns nicht entmutigen und werden unseren Teil dazu beitragen, dass die braune Saat nicht aufgeht.

Für die Einstellung aller Verfahren gegen AntifaschistInnen im Zusammenhang mit der Aktion am 11. Juni 2004!

a.l.d.e.n.t.e – autonome gruppe mit biss Augsburg ■

Polizeischutz für Nazis?

Mit einem Offenen Brief hat Anni Pröll von der VVN-BdA Augsburg gegen das Vorgehen der Polizei protestiert. Dem Brief lag der obige Bericht von AntifaschistInnen, die AZ-Berichte vom 12. und 14.6.2004 und ein Augenzeugenbericht bei. Dieser Augenzeugenbericht beschreibt die Polizeiübergriffe und fasst zum Schluss zusammen: „Wir finden es auf jeden Fall sehr interessant, dass man sich in unserem ‚demokratischen' System wie ein verfolgter Schwerverbrecher vorkommen muss, wenn man offen gegen Faschisten seine Meinung vertritt, während diese unter Polizeischutz ihre Nazipropaganda offen kundtun können. Interessant wäre auch, warum die Augsburger Allgemeine sich so auf die Seite der Polizei und der Nazis stellt, in ihren Artikeln sind immer nur die AntifaschistInnen die ‚Gefährlichen', vor denen man andere schützen muss. Sollte dies aber nicht vor allem in Deutschland genau anders herum sein?!?"

Weitere Bilder, Dokumentation und Kommentare in www.forumaugsburg.de ■

Stolpersteine – ein Münchner Trauerspiel

Die Aktion „Stolpersteine" hat in München erhebliche Unruhe ausgelöst. Grund dafür ist in erster Linie wohl nicht die problematische Frage, ob diese Art des Gedenkens angemessen ist. Wäre die Frage so grundsätzlich, hätte sich die Diskussion nicht erst in München so verschärft, nachdem in anderen Städten viele Hundert solcher Steine unter großer und positiver Anteilnahme verlegt worden sind. Warum hat es in München zum Eklat kommen müssen? Stadträtin Wolf von der PDS deutete in ihrem Debattenbeitrag in der Stadtratsvollversammlung einen möglichen Grund an: Der Ältestenrat des Stadtrates hatte versucht, die Frage unter Umgehung einer breiten öffentlichen Diskussion wegzuschieben. Noch in der Vollversammlung sperrte sich OB Ude gegen den Antrag der Grünen, der darauf hinauslief, eine Diskussions- und Denkpause einzulegen, mit der Bemerkung, es würden keine neuen Argumente kommen. Woher will der Oberbürgermeister wissen, was das Resultat einer Diskussion zwischen Schülern des Luisengymnasiums und Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde sein würde? So macht man Fehler. Der Mehrheitsbeschluss des Stadtrats hat aus einer diskutablen Meinung einen Verwaltungsakt gemacht und damit erschwerte Bedingungen für die nötige und immer noch mögliche Diskussion gesetzt. *maf* ■

Anzeige in der Süddeutschen Zeitung:
Stolpersteine vom Stadtrat verboten und herausgerissen !!!

In der Süddeutschen Zeitung Anfang kommender Woche wird eine halbseitige Anzeige (siehe unten!) erscheinen. Zusätzlich könnten persönlich gehaltene Briefe an den Oberbürgermeister (mit Abdruck an die Süddeutsche Zeitung und an: Stolpersteine München, Postfach 260203, 80059 München) hilfreich sein.

Text der Anzeige: „Wir sind bestürzt über den Beschluss des Münchner Stadtrates vom 16. Juni 2004 gegen die Verlegung von Stolpersteinen in München zum Gedenken an die Ermordeten des Naziregimes und die unmittelbar darauf erfolgte Eliminierung der Gedenksteine für Paula und Siegfried Jordan in der Mauerkircherstraße. Wir empfinden das Vorgehen der Stadtverwaltung als Schändung der persönlichen Gedenkstätte und versichern Peter Jordan und Ursula Gebhardt, dem Sohn und der Nichte der Ermordeten, unser Mitgefühl. Den Schülerinnen und Schülern des Luisengymnasiums, die die Verlegung der Gedenksteine initiiert hatten, danken wir für ihre couragierte Patenschaft. Wir sind empört, dass der Stadtrat eine Entscheidung getroffen hat, ohne Peter Jordan, Ursula Gebhardt, den Kreis der Paten, andere Interessierte, betroffene Bürger und den Künstler Gunter Demnig angehört zu haben.

Mit seinem Beschluss hat der Münchner Stadtrat für uns an moralisch-politischer Glaubwürdigkeit verloren.

Judith Bernstein, Dr. Reiner Bernstein, Ioana Cisek, Sammy Golde,Ernst Grube, Werner Grube, Peter Hess, Hanne Hiob,Wolfram Kastner, Walburga Rempe-Baldin, Heinrich Rosenfeld, Günter Wangerin, Peter Weismann"

Die Auseinandersetzung über die Benennung des künftigen Frankfurter „Haus der Chöre“ nach einem in der Zeit des Faschismus aus Frankfurt vertriebenen jüdischen Musiker wird weitergehen. Die Unterzeichner des genannten Aufrufs hatten gefordert, dieses Haus nach dem ehemaligen Frankfurter Chorleiter Dr. Nathan Ehrenreich zu benennen.

Anti-Nazi-Koordination Frankfurt, 18.6.04 ■

Ex-SS-Mann bleibt frei

LEIPZIG. Der Bundesgerichtshof in Leipzig hat das Verfahren gegen den ehemaligen SS-Offizier Friedrich Engel eingestellt. Der 95-Jährige war im Juli 2002 vom Hamburger Landgericht wegen Mordes zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dagegen hatte Engel selbst als auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Der BGH entschied, dass Engel zwar für das Massaker an 59 italienischen Gefangenen strafrechtlich verantwortlich war, das Mordmerkmal Grausamkeit sei jedoch nicht ausreichend nachgewiesen worden. Aufgrund des hohen Alters wurde das Verfahren nicht rückverwiesen sondern eingestellt. Engel war 1999 in Abwesenheit von einem italienischen Gericht wegen 264-fachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden und lebt seit Kriegsende weitgehend unbehelligt in Hamburg.

Quelle: FR 26.6.04 - u.b. ■

Steine gegen das Vergessen

DÜSSELDORF. Am Wochenende 26./27. Juni wird der Kölner Künstler Gunter Demnig in Düsseldorf weitere „Stolpersteine“ setzen, die an von den Nazis ermordete DüsseldorferInnen erinnern sollen. Unter ihnen sind diesmal auch zahlreiche antifaschistische WiderstandskämpferInnen, darunter Rudolf Hennig. Rudolf Hennig, geb. am 11.3.1895 in Danzig, war Zimmerer und Vorsitzender des Verbandes der Zimmerer. Er war Stadtverordneter der KPD und während zweier Legislaturperioden Reichstagsabgeordneter der KPD. Im Juni 1933 wurde er verhaftet und in die Untersuchungshaftanstalt Essen verbracht, im August 1934 nach Berlin überstellt. Am 26. November 1934 wurde er wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom „Volksgerichtshof“ in Berlin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Absitzen der Strafe im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee wurde „Schutzhaft“ angeordnet. Hennig kam ins KZ Esterwegen, 1937 dann ins KZ Sachsenhausen.

Auf Anfrage seiner Ehefrau Maria teilte die Lagerkommandatur am 24. November 1944 mit, „dass ihr Mann am 11.10.1944 im hiesigen Lager wegen versuchter Meuterei und Aufwiegelung erschossen wurde...“.Damit endete das 11 1/2jährige Martyrium des Rudolf Hennig.

Die VVN-BdA Düsseldorf will sich auch dafür einsetzen, dass eine Straße oder ein Platz nach Rudolf Hennig benannt wird. *Nach PM Jürgen Schuh VVN-BdA Düsseldorf* ■

Mahnmal zerstört

WILDESHAUSEN. Nachdem in der Nacht zum 19. Juni das Mahnmal zur Erinnerung an die 1938 zerstörte Synagoge in Wildeshausen aus der Verankerung gerissen und zerbrochen wurde, vermutete die hiesige Monopolpresse Nordwest-Zeitung die Täter im Familienkreis. Also im jugendlich besoffenen Vandalentum. Mithin sei die Tat zwar zu verurteilen, aber auch bitteschön von wegen Neonazis und so nicht unnötig überzubewerten.

Auch die Wildeshausener Polizei hatte einen politischen Hintergrund der Tat zunächst für unwahrscheinlich gehalten. Nachdem nun aber 5 Tage später NPD-Aufkleber, die in der Tatnacht und kurz davor an der zerbrochenen Granit-Stele angebracht worden waren und bisher offensichtlich nicht offen sichtbar waren und wie durch ein Wunder der ermittelnden Polizei plötzlich ins Auge sprangen, hat jetzt das zuständige vierte Fachkommissariat (Staatschutz) in Delmenhorst die Ermittlungen an sich gezogen.

Auch der Verwaltungsausschuss der Stadt Wildeshausen hat jetzt eine Belohnung von 2000 Euro für die Ergreifung des oder der Täter ausgesetzt. Zudem soll die Granit-Stele repariert bzw. durch eine neue ersetzt werden.

Im Inneren der nun zerstörten Stele hatte der Künstler Carsten Bruhns den Satz eingemeißelt: „Und wir alle standen da und schauten zu...“. *d.h.* ■

Staatsanwaltschaft Aachen will keine Computer

AACHEN. Nachdem in der Vergangenheit die Aachener Staatsanwaltschaft dadurch auffiel, einerseits ihre Überlastung zu beklagen und andererseits mit skurrilsten Begründungen (z.B. „Beihilfe zur Beleidigung“) Hausdurchsuchungen, erkennungsdienstliche Behandlungen, massenhafte ZeugInnenvorladungen und PC-Beschlagnahmungen durchführen zu lassen – nach Anzeigen durch Neonazis aus NPD und Kameradschaft Aachener Land (KAL), welche sich durch eine antifaschistische Kaffeefahrt beleidigt fühlten – erklärte der leitende Oberstaatsanwaltschaft bei der heutigen Aktion, er wolle zumindest die zu trojanischen Pferden umgebauten PCs gar nicht haben.

Am Mittwoch, 23. Juni um 17 Uhr trafen sich mehrere AktivistInnen vor der Staatsanwaltschaft in Aachen, um gegen die Repression und diese Art des Zusammenspiels von Staatsanwaltschaft und Neonazis zu protestieren. Aus alten Computerteilen wurden drei „trojanische Pferde“ zusammengebastelt, um die Gier der Behörde nach Computern und anderen Informationen über „linke“ AktivistInnen zu symbolisieren.

Das „Kunstwerk“ wurde der Staatsanwaltschaft Aachen geschenkt, was der Oberstaatsanwalt höchstpersönlich ablehnte.

In einem Redebeitrag wurde verdeutlicht, wie Neonazis über Strafanzeigen gegen ihre Gegner – wegen häufig lächerlichen Vorwürfe (wie z.B. Beleidigung) - an Informationen wie Adressen, Bilder und Strukturen kommen. Bei diesem Spiel hat die Staatsanwaltschaft immer fleißig mitgespielt, trotz angeblicher Überlastung. So ließ sie im letzten Jahr mehrere Hausdurchsuchungen durchführen, PCs beschlagnahmen und auch eine erkennungsdienstliche Behandlung durchführen, weil Kunkel (NPD, aus Stolberg) und die Büttgenbrüder (KAL, aus Düren) Anzeigen gegen die angeblich Beteiligten einer antifaschistischen Kaffeefahrt, bei denen die Nazis in ihrer Nachbarschaft als solche bekannt gemacht worden waren, gestellt hatten. Bei einem Zivilprozess gegen den Sprecher einer antifaschistischen Bürgerinitiative in Eschweiler wurde übrigens aufgrund offensichtlicher Falschaussagen und teilweisen Rücknahmen von vorherigen Aussagen inzwischen gegen die Nazis entschieden.

Wir fordern:

- Einstellung jeglicher Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit Neonazis
- Einstellung aller politischen Verfahren gegen AntifaschistInnen und KriegsgegnerInnen!
- Kriminalisierung linker politischer Betätigung beenden!

s.p.u.n.k.
http://www.projekt.antifa.net ■

Erneut mehr rechtsextreme Straf- und Gewalttaten

BERLIN. Im April 2004 wurden vom Innenministerium bundesweit 687 politisch rechts motivierte Straftaten registriert - darunter 44 Gewalttaten mit 45 Verletzten. Das geht aus der Antwort des Bundesministeriums des Innern auf die schriftliche Standard-Frage der Abgeordneten Petra Pau (PDS) hervor. Die Zahlen gelten als vorläufig.Die erfassten Straftaten im 3-Monats-vergleich: Februar 587; März 679; April 687.Demnach gab es im statistischen Schnitt täglich 1 1/2 Gewalt- und stündlich eine rechtsextreme Straftat. Die vollständige Antwort ist über das Abgeordnetenbüro von Petra Pau erhältlich.

Email: petra.pau@bundestag.de
www.petrapau.de ■

1. August – Demonstration gegen Faschismus

LUZERN/SCHWEIZ. Im Kalender der rechtsextremen Szene hat der 1. August seinen festen Platz. Die Neonazis und NationalistInnen – von der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) über die Hammerskins bis zu Patriot.ch – benutzen den Nationalfeiertag, um medienwirksam auf dem Rütli aufzumarschieren und in Reden ihre menschenverachtende und rassistische Ideologie kundzutun. Hatte der Auftritt der Neonazis im Jahr 2000 noch hohe Wellen geworfen, so schien sich 2003 kaum noch jemand daran zu stören. Im Gegenteil: Im vergangenen Jahr wurden sie teils sogar als „wahre Patrioten“ gefeiert. Die Medienberichte blieben seltsam zahm bis unkritisch. Die Behörden ihrerseits gewährten den RechtsextremistInnen Polizeischutz, als diese im Anschluss an ihr Gastspiel auf dem Rütli durch Brunnen defilierten. Bedeutend härter angefasst wurden couragierte GegendemonstrantInnen: Sie mussten mit Kontrollen oder Festnahmen rechnen.

Rütli-Aufmärsche sind keine Einzelfälle. Immer häufiger und selbstbewusster nehmen sich die Fascho-Organisationen - insbesondere die PNOS – die Straße. Zuletzt am 1. Mai, als die PNOS den ArbeiterInnenkampftag kurzerhand in einen „Tag der Eidgenössischen Arbeit“ zu verwandeln suchte. Um die 150 „KameradInnen“ – allesamt über geschlossene Strukturen mobilisiert – gaben sich in Langenthal ein Stelldichein.

Das Erstarken der rechtsextremen Bewegung erstaunt nicht. Das angeheizte politische Klima in der Schweiz ist ein trefflicher Nährboden für die Neonazis: Die Schweizerische Volkspartei (SVP) etwa betreibt mit Initiativen, Kampagnen oder Vorstößen im Parlament seit Jahren Hetze gegen AusländerInnen und Flüchtlinge – jüngst startete die Partei eine Initiative für Einbürgerungen an der Urne. An der „Festung Schweiz“ wird kontinuierlich gebaut, laufend das Asylverfahren verschärft: Nach wirtschaftlicher und rassistischer Logik wird entschieden, wer sich hierzulande niederlassen darf und wer nicht. Auch genießen die Faschos bis weit ins bürgerliche Lager hinein Sympathien – sogar mehr als das: Die SVP und auch die Schweizer Demokraten wissen einige Exponenten der Holocaustleugner- oder Naziszene in ihren Reihen. Dieser Entwicklung wollen wir energisch entgegentreten – zum Beispiel mit einer kraftvollen und friedlichen Demonstration an diesem 1. August in Luzern.

Überregionales antifaschistisches Netzwerk ■

Feindliche Übernahme beim DJV

BERLIN. Der Deutsche Journalisten Verband (DJV) werde in kurzer Zeit zwei neue Landesverbände gründen, teilte Deutschlands größte Journalisten-Organisation Anfang Juni in Berlin mit. Der Beschluss erfolgte im DJV-Gesamtvorstand einstimmig. Jetzt sind alle „regulären Mitglieder“ in Berlin und Brandenburg aufgerufen, aus den beiden bisherigen Landesverbänden auszutreten und auf einer Versammlung – die voraussichtlich am 3. Juli stattfindet – den beiden neuen Gliederungen beizutreten.

Das Verfahren, die Verbände auszuschließen und zwei neue zu gründen, war notwendig geworden, weil der Bundesverband keine Handhabe zur Auflösung von Landesverbänden hat. Mit dem Ausschluss versucht der Gesamtverband einen Schlussstrich unter die wochenlange Auseinandersetzung um die Vorstandswahlen in den beiden Landesverbänden zu ziehen, nachdem Torsten Witt Anfang Mai als Vize-Chef des Landesverbands Brandenburg gewählt wurde.

Überraschend traten kurz vor der Wahl 40 neue Mitglieder dem Brandenburger Landesverband bei. Sie stammten aus dem dubiosen Berliner Verband junger Journalisten (VJJ), dessen Mitgründer Witt ist. Mit ihren Stimmen hievten sie Witt in die Führungsposition. Witt, in den Anfangsjahren im Impressum geführter Mitarbeiter der extrem rechten „Jungen Freiheit“ bezog Anfang der 90er Jahre 100 Exemplare. Später gehörte er dem nationalkonservativen Flügel der FDP an, war Spitzenkandidat des rechtskonservativen „Bundes freier Bürger“ und ist Mitinitiator der Aktion „Holocaust-Mahnmal? Nicht mit mir!“

Lange hielt es die überraschenden Neumitglieder nicht in Brandenburg: Pünktlich zur Berliner Vorstandswahl wechselten die gleichen 40 zurück in die Hauptstadt. Dort verhalfen ihre Voten, den skandalumwitterten Berliner Verbandschef Alexander Kulpok mit 200 Stimmen knapp gegen Gerhard Kothy (173 Stimmen) durchzusetzen. Kulpok, der aufgrund finanzieller und organisatorischer Mängel stark unter Druck geraten war, soll die Übertritte aus Brandenburg veranlasst haben. Jetzt sitzen in Berlin vier der Neuzugänge im Vorstand.

Die Unterlegenen haben die Wahl vor Gericht angefochten. Sie und der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konkensei meinen, dass die Abstimmung durch kurz vor der Wahl in Brandenburg abund in Berlin angemeldete Neumitglieder „auf mindestens fragwürdige Weise“ zu Stande gekommen sei. Zudem habe Witt vor fünf Jahren gegen das Holocaust-Mahnmal demonstriert und wurde an der Seite Horst Mahlers abgelichtet. Dennoch meint DJV-Sprecher Hendrik Zörner keine Anzeichen für eine rechtsradikale Unterwanderung seines Verbandes zu erkennen, allerdings gäbe es „Indizien“ für Witts „Kontakte in die rechte Szene“. Zudem hätten viele der von ihm organisierten Neumitglieder das von der Satzung vorgeschriebene Kriterium einer hauptberuflichen journalistischen Tätigkeit nicht erfüllt.

Gegen den Beschluss zur Auflösung seines Landesverbandes kündigte Alexander Kulpok an, per einstweiliger Anordnung vorzugehen. Kulpok wirft dem Gesamtvorstand Spaltungsabsichten vor und meint: „Wir sind so lange Mitglied im DJV, bis wir nicht rechtskräftig ausgeschlossen werden“. *kun* ■

Quelle: SPIEGEL ONLINE
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,302728,00.htm

Distomo:

60. Jahrestag des SS-Massakers in Distomo

Deutsche Botschaft: Keine Zukunft Europas ohne Verzicht auf Entschädigung

Im Rahmen einer Veranstaltung am 7. Juni 2004 in Distomo zum Gedenken an den 60. Jahrestag des Massakers, bei dem die 4. SS-Polizeidivision 218 Kinder, Frauen und Männer mordete, hatte der Arbeitskreis Distomo Hamburg sofortige Entschädigung der Opfer des Massakers gefordert. Dem widersprach im Anschluss der Pressereferent der deutschen Botschaft in Athen, Thomas Mützelburg, mit den Worten „In ganz Europa gab es 56 Feindstaaten von Deutschland. Wenn Sie die alle entschädigen wollen, dann können Sie durch die finanziellen Auswirkungen die Zukunft Europas abschreiben."

Der Arbeitskreis Distomo erklärt dazu: Das Ausmaß des Vernichtungskrieges Nazi-Deutschlands gegen die europäischen Länder ist einzigartig. Das Wenden dieser Tatsache gegen die Millionen Opfer ist zynisch. Deutschland hat in den vergangenen 60 Jahren alle Möglichkeiten zur Entschädigung gehabt.

Was fehlte, war der politische Wille. Jetzt das Wohlergehen Europas an die Freistellung Deutschlands von Entschädigung zu knüpfen, ist eine kaum verhohlene Drohung.

Der Überlebende des Massakers und Kläger in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht, Argyris Sfountouris, reagierte empört: „Vom ersten offiziellen Vertreter der deutschen Behhörden, der hier spricht, hätten wir erwartet, dass er sich vor den Opfern verneigt und Bedauern und Mitgefühl bekundet. Statt dessen verkündet er in goebbelscher Manier, dass wir zusammen mit 55 anderen Ländern Europas Feinde Deutschlands gewesen seien, was eine Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen ist – wie es heute durch die deutschen Regierung üblich ist. Denn Deutschland war der Angreifer und hat sich hier als Besatzungsmacht unbeschreiblicher Kriegsverbrechen schuldig gemacht, die nach dem Völkerrecht zu entschädigen sind. Statt dessen verkündet uns der Vertreter der deutschen Regierung, dass eine mögliche Entschädigung all dieser Gräueltaten in ganz Europa eine Gefahr für Europas Zukunft sei.

Mit der gleichen Geisteshaltung wie die Täter damals als sogenannte Sühnemaßnahmen Zivilisten ermordeten, Dörfer niederbrannten, um sich für den Widerstand gegen die deutsche Besatzung zu rächen, droht die deutsche Regierung den Opfern, die eine gerechte Entschädigung fordern.

Deutschland hat im 20. Jahrhundert zwei Mal Europa zerstört und diese Haltung des offiziellen Deutschland ist die Hauptgefahr für Europa. Denn ein ökonomisch bankrottes Deutschland ist die kleinere Gefahr für Europa als dieses moralisch bankrotte Deutschland.

Wir bedauern, dass durch diese Schamlosigkeit gegenüber unseren Toten und uns Opfern es unmöglich ist, den deutschen Botschafter hier willkommen zu heißen und ihm die Hand zu reichen."

Pressemitteilung des AK Distomo, Hamburg aus Distomo vom 8.6.2004
Lars Reissmann
Der Arbeitskreis Distomo aus Hamburg unterstützt die Entschädigungsforderungen griechischer - und aller anderen - NS-Opfer!
distomo-hamburg@gmx.de ■

Distomo, Griechenland, 1944, 2004

10. Juni: 1942 Lidice. 1944 Oradour. 1944 Distomo. Diese, und die anderen Orte der deutschen Massaker im 2. Weltkrieg haben Namen, auch wenn sie im kollektiven deutschen Gedächtnis verdrängt sind. An den Stätten der Verbrechen ist nichts vergessen.

Distomo, Griechenland, 140 km westlich von Athen.

218 Menschen – Frauen, Kinder, Männer – wahllos und willkürlich ermordet von deutschen Soldaten, als „Vergeltung" für einen Partisanenangriff.

Juni 2004: Zum 60. Mal jährt sich der Tag des Verbrechens in Distomo. Doch in diesem Jahr ist etwas anders:

Zu der Veranstaltung des Gedenkens und Mahnens am Vorabend des Jahrestages sind zum ersten Mal Deutsche eingeladen: Nach der Ansprache des Bürgermeisters von Distomo, Loukas Papachristou, spricht der Botschafter der BRD in Griechenland, Dr. Albert Spiegel.

Dann spielt die Chemnitzer Gruppe QUIJOTE. Lieder des großen griechischen Komponisten Mikis Theodorakis - in deutscher Sprache.

Es ist das erste Mal, dass in diesem Amphitheater – am Mahnmal für die Opfer von Distomo – deutsche Künstler auftreten. Es ist das erste Mal nach 60 Jahren, daß an dieser Stätte deutsche Worte zu hören sind.

Die Rede des Botschafters, das Konzert von QUIJOTE, beides ist im Programm angekündigt. Aber trotzdem bleibt die Frage: Wie werden es die Griechen aufnehmen?

Es wird ein wunderbarer und bewegender Abend. Botschafter Dr. Spiegel hält seine Rede in griechischer Sprache. Und er bittet für die begangenen Verbrechen um Verzeihung. Nach seinen Worten starker Beifall, er ist, im doppelten Sinne, sehr gut verstanden worden.

Wir, also QUIJOTE, werden mit herzlichem Applaus empfangen, das ist mehr als nur Höflichkeit. Schon beim zweiten Lied beginnt man im Publikum mitzuklatschen und zu singen. Dass zwischenzeitlich der Strom ausfällt, tut der Stimmung keinen Abbruch. Wir singen ein Lied a capella, die Zuschauer stimmen in Griechisch ein, die gute Akustik tut ein Übriges. Eine Stunde Konzert, ergänzt durch kurze Texte von und über Mikis Theodorakis, und selbstverständlich äußern wir uns zum Anlass des Abends. Natalia Sakkatou, unsere wunderbare Betreuerin, übersetzt mit viel Gefühl. Am Schluss stürmischer Beifall. Es ist eine Atmosphäre, wie wir sie ganz selten erlebt haben.

Nach dem Konzert: Wie viele Hände sich uns entgegenstrecken, wie viele Menschen sich bei uns bedanken, wir können es nicht zählen. Dabei wäre es doch an uns gewesen, sich zu bedanken. Für diese Einladung, ja, für die Ehre, die uns zuteil wurde, als Deutsche an diesem Ort der Mahnung und des Gedenkens spielen zu dürfen.

Der nächste Vormittag, der Jahrestag des Massakers: Der Gottesdienst in der Kirche von Distomo, dann die Prozession zur Gedenkstätte oberhalb des Ortes. Tausend, zweitausend Menschen, QUIJOTE mittendrin, auch der Botschafter nicht in der ersten Reihe. Wieder kommen Leute auf uns zu, drücken uns die Hand. Keiner spricht die Sprache des anderen, aber man versteht sich ohne Worte. Ein Junge, vielleicht acht oder neun Jahre, singt einige Takte „Ena to Chelidoni" –„Nur diese eine Schwalbe", und strahlt uns mit großen Augen an.

Oben, am Mahnmal, wird die Stimmung ernst, Schweigen breitet sich aus. Der Bürgermeister spricht Worte des Gedenkens. Dann: Die Namen der Ermorde-

Pergamonmuseum besetzt

Anlässlich des Jahrestages des Massakers von Distomo, Griechenland, besetzten am 9. Juni 2002 DemonstrantInnen den berühmten Pergamon-Altar in Berlin. Auf griechischen und deutschen Transparenten forderten sie die sofortige Entschädigung der Opfer deutscher Kriegsverbrechen.

Vor dem Pergamonmuseum fand eine Kundgebung mit musikalischer Untermalung statt, die von zahlreichen internationalen MuseumsbesucherInnen interessiert und mit Sympathie verfolgt wurde. Nur einzelne Angestellte des Museumssicherheitsdienstes versuchten die Transparente herunterzureißen. Während die Berliner Museumsinsel für mehr als eine Milliarde Euro restauriert wird, gibt es für die Entschädigung griechischer Überlebender keinen Cent. Die DemonstrantInnen hinterließen ein Transparent an einem Fahnenmast: „Kunst genießen, Massaker vergessen – Distomo, 10. Juni 1944". Die erst nach einiger Zeit anrückende Polizei versuchte ihre Verspätung durch die übereifrige Personalienkontrolle von MuseumsbesucherInnen zu kompensieren.

ten, und nach jedem Namen: Anwesend! Vielen Griechen stehen die Tränen in den Augen, uns geht es nicht besser. Anschließend die Kranzniederlegung. Vielleicht zwanzig, fünfundzwanzig Kränze, dazwischen ein deutscher. Mit dem Intonieren der griechischen Hymne endet die Gedenkveranstaltung. Nur langsam löst sich Spannung.

Was bleibt: Für uns unvergessliche Eindrücke, die Herzlichkeit der Griechen, die Wärme, mit der wir aufgenommen wurden, der Wunsch, dass wir wiederkommen im nächsten Jahr. Aber es bleiben viele offene Fragen: Wiedergutmachung, wenn dies überhaupt möglich ist; juristisch, politisch, moralisch…? Wir haben versucht, es in unserem Konzert zu formulieren:

„Wirkliche Versöhnung kann es nur geben, wenn die Massaker von Distomo und all den anderen Orten als historische Wahrheit in allen ihren Einzelheiten anerkannt werden und eine Lösung gefunden wird, die den Opfern gerecht wird."

Ein Anfang ist gemacht, mehr – noch – nicht.

Ludwig Streng, QUIJOTE
Kontakt: Sabine Kühnrich & Ludwig Streng, E-Mail:
sabine.kuehnrich@gmx.de
streng.ludwig@freenet.de ■

„Von ihrem Schicksal haben sich keine Erinnerungen erhalten"

Christoph Schminck-Gustavus, Professor für Rechtsgeschichte an der Universität Bremen, hat Anfang der 90er Jahre als erster die Recherche des Kriegsverbrechens in Kefalonia aufgenommen – ausgelöst durch seine Bekanntschaft mit Amos Pampaloni, der das Massaker der deutschen Wehrmacht an italienischen Soldaten auf der Insel Kefalonia wie durch ein Wunder überlebte. Auf die Bitte italienischer Freunde, Historiker, den Fall vor Ort zu recherchieren, hat er sich auf die Suche gemacht. Die Tragödie in Kefalonia war von enormem Ausmaß, und die Opfer sind nur als Zahlen in die Geschichte eingegangen. Nach neuesten Angaben hat es sich um über 9.600 ermordete Soldaten gehandelt.

„Von ihrem Schicksal haben sich keine Erinnerungen erhalten, keine Tornister, keine Erkennungsmarke, kein Ausweis, kein buntes Heiligenbildchen. Niemand wird ihre Geschichte anhören oder aufschreiben. ihre Namen sind nirgends verzeichnet (...). So ist auch Pampalonis Erinnerung nur ein winziger Mosaikstein, zufällig an Land gespült und aufbewahrt in der Erinnerung." Und so geht Schminck-Gustavus auf historische Spurensuche nach diesem einen Schicksal. „Ich werde nur dieser einzigen Frage nachgehen: der Rettung von Amos Pampaloni, damals Hauptmann und Befehlshaber einer an der Küste von Kephallonia eingesetzten Geschützbatterie. Er hat mir seine Geschichte erzählt, und nur sie werde ich verfolgen, weil sonst keine Chance besteht, jemals fertig zu werden."

Er liefert einen Bericht, der in seiner Art einzig ist. Er nähert sich den Dingen ganz allmählich an. Das kann zu Irritationen führen, weil dem Leser das Buch anfänglich vielleicht nicht „historisch" genug erscheint. Doch dann entdeckt man, dass diese minutiöse Vorgehensweise, welche die Erzählung einer individuellen Geschichte in den Vordergrund rückt, das menschliche Element betont, und dass man dadurch viel eher versteht, was Krieg eigentlich letztendlich bedeutet.

Während seiner Recherche, in der Christoph Schminck-Gustavus einheimische Zeitzeugen über die furchtbaren Ereignisse vom September 1943 befragt, trifft er in der Menge der Opfer immer wieder auf Einzelschicksale, von denen ein weiteres ihn überzeugt, dass dieses Buch geschrieben werden muss. Es ist das von Angelos Kostandakis, der im Alter von 27 Jahren öffentlich erhängt wurde. Seine Familie und alle Bewohner des Dorfes Faraklata – auch die Kinder – wurden gezwungen, der Exekution beizuwohnen. Die Opfer dieser mutigen Menschen, für die Amos und Angelos exemplarisch stehen, können nicht einfach vergessen werden, sonst wären ja ihre Taten, ihre Opfer, ihr Tod sinnlos gewesen. Niemand hat ihnen bisher die nötige Ehrung zukommen lassen.

Was die kriegsbeteiligten Individuen betrifft, so ist da noch der SS-Mann Kurt, an dessen Nachnamen sich niemand mehr erinnern kann. Doch er half einer kefalonischen Familie regelmäßig heimlich mit Lebensmitteln, denn die Hungersnot war groß auf Kefalonia. Das alte Ehepaar bittet den deutschen Historiker, auch ihn zu erwähnen, denn wie sie rührend betonen, ist er ein Beispiel, dass auch unter den deutschen Besetzern nicht alle gleich waren.

Christoph Schminck-Gustavus schließt der historischen Erzählung über das Kriegsverbrechen der Wehrmachtsdivision Edelweiß, die auch die Morde in Kalavryta zu verantworten hat, die Recherche der juristischen Auseinandersetzung in Nachkriegsdeutschland an. Die nicht erfolgte Aufarbeitung vor allem der Wehrmachtsverbrechen im Deutschland der 50er und 60er Jahre in einer von ehemaligen Nazis durchwachsenen deutschen Justiz. Die permanente Einstellung von Verfahren trotz vorliegender konkreter Zeugenaussagen, mit Ortsangaben, Namen und Daten. Er stellt sich die Frage, die bei allen evident ist: „Also nach Greisen suchen, die vor einem halben Jahrhundert an Verbrechen beteiligt waren? (...) Mit welchem Ziel, nachdem selbst die Hinterbliebenen der Opfer verstorben sind?" Und er erinnert sich an die 50er Jahre, in denen die Naziterminologie noch überall verbreitet war. „Das abstoßende Gerede vom ‚Iwan', den sie im Krieg ‚versohlt' haben und von den ‚Pollacken', deren ‚Saustall sie ausgemistet hätten', drang bis in die bürgerlichen Wohnstuben."

Die Mechanismen des Leugnens und Verdrängens sind in der Kriegsgeneration tief verwurzelt. Anfang der 90er Jahre ändert sich der Umgang mit der deutschen Geschichte. Erst mit Beginn des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts „erschienen Einzeluntersuchungen zu Wehrmachtsverbrechen, in denen Italien und Griechenland endlich Berücksichtigung fanden". Besonders wichtig war für die historische Auseinandersetzung mit diesen Tatsachen die 1995 vom Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeitete „Wehrmachtsausstellung", die monatelang die deutsche Öffentlichkeit erregte und eine Diskussion wieder in Gang setzte, die noch lange nicht abgeschlossen ist.

Natalia Sakkatou ■

Christoph U. Schminck-Gustavus: Kephallonia 1943 - 2003. Auf den Spuren eines Kriegsverbrechens. Donat Verlag Bremen 2004, ISBN 3-93483-6666, 18,80 Euro

So wird Polen erniedrigt

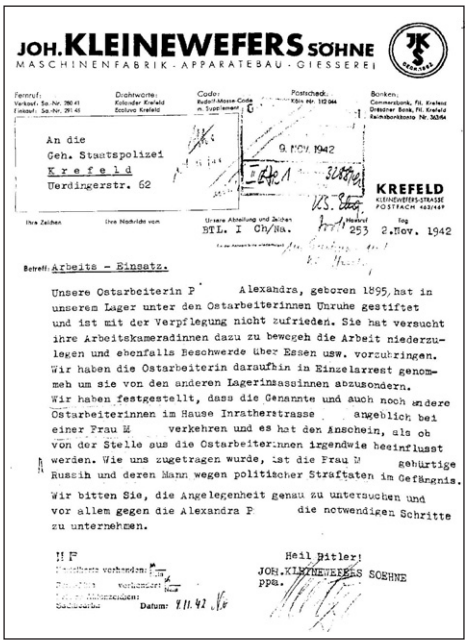
Adalbert-Preisverleihung an Kohl – ein Skandal

Große Prominenz und rechte Szene, das schließt sich in der deutschen Durchschnittsmeinung aus. Erst recht wenn ein europäisches Staatsoberhaupt einen ehemaligen Regierungschef auszeichnet. Doch es ist nicht so. „Kohl fällt Schröder in den Rücken", lautete am 14.2.2004 die Titelschlagzeile der „Westdeutschen Zeitung". Es ging um die Rede Helmut Kohls bei der Übergabe des Preises der Adalbert-Stiftung in Warschau. In der Tat, viel Prominenz und Medienöffentlichkeit hatte diese Auszeichnung, übergeben an Kohl durch den polnischen Präsidenten Kwasniewzki in Anwesenheit von Kardinal Glemp, live übertragen durch das polnische Fernsehen und Phoenix. Aber interessanter als diese Rede sind die Fragen: Was ist die Krefelder Adalbert-Stiftung, von der der Preis stammt? Wessen Geld wurde da verliehen? Wer hat da soviel Einfluss, den Preis in diesem Umfeld verleihen zu können?

Die Adalbert-Stiftung wurde gegründet und finanziert durch den Krefelder Unternehmer Paul Kleinewefers. Sie hieß auch jahrelang Kleinewefers-Stiftung und wurde erst 1989 in Adalbert-Stiftung umbenannt. Paul Kleinewefers war Nazi-Urgestein unter Unternehmern, „alter Kämpfer" wie das früher hieß. Er unterschied sich von anderen Kapitalisten dadurch, dass er das nie verleugnete. In seinem autobiographischen Buch „Jahrgang 1905" schrieb er 1976: „Die Beseitigung der Demokratie und die Einführung des ‚Führerprinzips' wurde keineswegs überall als Zwang und Diktatur empfunden, denn es war offensichtlich, wie sehr sich die extreme Demokratie selbst ad absurdum geführt hatte." Bei der Ansicht blieb er auch: „Diese Organisation der Wirtschaft (Selbstverwaltung) und der einzelnen Betriebe sowie die Arbeitsfront mit dem Treuhänder der Arbeit empfinde ich auch in der Rückschau noch als eine fast ideale Wirtschafts- und Sozialverfassung im Interesse aller." Und: „Der soziale Frieden in der Bundesrepublik Deutschland hat auch die Wurzel in jenen Jahren und in der segensreichen Aktivität der Deutschen Arbeitsfront."

Paul Kleinewefers hatte im Winter 1928/29 den ersten Kontakt zur NSDAP und wurde 1932 Mitglied. Er war als Jüngster mit dabei, als Hitler vor dem Düsseldorfer Industrieclub seine berühmte Rede hielt („Das Rednerpult ... befand sich etwa fünf Meter von mir entfernt", schreibt er später). So war er vorne an mit dabei, als die Nazis die Macht ergriffen, die Gewerkschaften verboten wurden ... Der Firma Kleinewefers hat das „3. Reich" sichtbar gut getan, sie wurde „Nationalsozialistischer Musterbetrieb". Nach Beginn des Krieges erhielt sie sogenannte „Fremdarbeiter" als Arbeitssklaven. Wenn von denen mal wer nicht spurte, schaltete man eben die Gestapo ein. Überhaupt hatte Kleinewefers zur Krefelder Gestapo ein ausgezeichnetes Verhältnis: „Zu Weihnachten hatten sie gelegentlich ein Fäßchen Bier bekommen, so taten sie mir manchen Gefallen, und ich konnte helfen."

1988 erschien Kleinewefers zweites Buch „Erneuerung aus der Mitte" gemeinsam geschrieben mit dem rechtradikalen Prof. Bernhard Willms, dem, der auch am Wirtschaftsprogramm der „Republikaner" mitarbeitete. Darin versuchen sie ein „Konzept für die Neugestaltung Mitteleuropas". „Abschied gilt es nach Meinung der Verfasser vor allem vom Prinzip einer einseitigen Westbindung zu nehmen", heißt es im Klappentext. Ziel ist ein neues Gebilde mit Deutschland und Österreich als Kern, und ihrer Hegemonie über Osteuropa, ein Konzept, das Ähnlichkeit mit der Lebensraumkonzeption Hitlers hat. Auch die Folgen sind bedacht: „Es ist also unausweichlich, daß die Gesellschaftsverfassung der Zentraleuropäischen Föderation jedenfalls weniger liberal sein wird und muß als die der Bundesrepublik Deutschland und Österreich." Hatte Kleinewefers sich im „3. Reich" bereits einen Betrieb in der besetzten Tschechei angeeignet, den er nach 1945 wieder verlor, so blieb der europäische Osten und die deutsche Rolle darin sein eigentliches Thema und auch das der Kleinewefers-/Adalbert-Stiftung.



JOH. KLEINEWEFERS SÖHNE
MASCHINENFABRIK · APPARATEBAU · GIESSEREI

An die
Geh. Staatspolizei
K r e f e l d
Uerdingerstr. 62

9. NOV. 1942

KREFELD

Unsere Abteilung und Zeichen: STL. I Ch/Na.
Datum: 253 2.Nov. 1942

Betreff: Arbeits – Einsatz.

Unsere Ostarbeiterin P Alexandra, geboren 1895, hat in unseren Lager unter den Ostarbeiterinnen Unruhe gestiftet und ist mit der Verpflegung nicht zufrieden. Sie hat versucht ihre Arbeitskameradinnen dazu zu bewegen die Arbeit niederzulegen und ebenfalls Beschwerde über Essen usw. vorzubringen. Wir haben die Ostarbeiterin daraufhin in Einzelarrest genommen um sie von den anderen Lagerinsassinnen abzusondern. Wir haben festgestellt, dass die Genannte und auch noch andere Ostarbeiterinnen im Hause Inratherstrasse angeblich bei einer Frau M verkehren und es hat den Anschein, als ob von der Stelle aus die Ostarbeiterinnen irgendwie beeinflusst werden. Wie uns zugetragen wurde, ist die Frau M gebürtige Russin und deren Mann wegen politischer Straftaten im Gefängnis.

Wir bitten Sie, die Angelegenheit genau zu untersuchen und vor allem gegen die Alexandra P die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Heil Hitler!
JOH. KLEINEWEFERS SÖHNE
ppa.

Datum: 9.11.42

Nach 1945 war die Familie Kleinewefers, nach ihrer Rolle in der Nazidikatur, erstmal gesellschaftlich isoliert. So umgab man sich zunächst mit ehemaligen Nazi-„Kulturschaffenden", wie z.B. Hitlers Lieblingsbildhauer Arnold Breker. Doch bald gelangten sie in die „Gesellschaft" zurück. Kleinewefers-Sohn Jan wurde sogar von 1993 bis 1995 Bundesvorsitzender des einflussreichen Unternehmerverbandes der Maschinenbauindustrie (VDMA).

Auch heute sitzt er noch in zahlreichen Gremien, wie etwa dem Stiftungsrat des Internationalen Karlspreis. Doch wie weit Paul Kleinewefers Integration und Einfluss schließlich wieder ging, zeigt die Entwicklung seiner eigenen Stiftung. Mit führend darin war und ist Prof. Dr. Hans Süssmuth (Ehemann von Rita Süssmuth). Die Stiftung arbeitete mehrfach eng zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU und dem Düsseldorfer Industrieclub (Nachfolger von genau dem!). Dass Paul Kleinewefers sich auch an anderer Stelle profilierte, tat keinen Abbruch. Etwa 1999 – im Alter von 94 Jahren – in der Zwangsarbeiterdebatte durch einen Artikel in der rechten Zeitschrift „Soldat im Volk". Zitat: „Wir Betriebsführer in der damaligen Rüstungsindustrie standen unter dem Druck, bestimmte Leistungen in der Produktion von Waffen, Maschinen, Geräten usw. zu erbringen, abgesehen von der vaterländischen Pflicht, unsere Aufgabe ebenso selbstverständlich zu erfüllen, wie man das von den Soldaten an der Front erwartete."

Die Adalbert-Stiftung benötigte schon früh einen Vorstandsassistenten für die Alltagsarbeit und fand ihn in Dr. Frank Ebeling. Ebeling schrieb seine Dissertation zur Geopolitik und befasste sich darin mit der Konzeption Haushofers, dem geistigen Vater der Lebensraumkonzeption während des „3. Reiches". „Eine Würdigung der nationalsozialistischen Vorstellungen Haushofers in dieser Form kann heute getrost neofaschistisch genannt werden", schrieb dazu die Zeitschrift „Der rechte Rand". So war er wohl für die Arbeit in der Stiftung voll tauglich.

Die Tagungen der Adalbert-Stiftung, etwa die „Leutherheider Foren", waren stets ein Mix aus „seriösen" konservativen Referenten und Leuten wie z.B. Dr. Manfred Lauermann. Lauermann ist ein Ex-68er, der in die rechte Szene abge-

driftet ist und z.B. zusammen mit Reinhold Oberlercher vom rechtsextremen „Deutschen Kolleg“ Referent bei der berüchtigten Burschenschaft Danubia war. Lauermann vertrat auch den erwähnten Prof. Willms vorübergehend auf seinem Lehrstuhl und nach Willms Tod im Frühjahr 1991 schrieb er den Nachruf im rechten „Criticon“. Das „Leutherheider Forum“ der Adalbert-Stiftung leitete Lauermann gleich dreimal: 1993, 1994 und 1997. 1997 sprach er dort über das von ihm entdeckte „Soziale im Nationalsozialismus“.

Ende der 90er kam es zu heftigen Streitigkeiten und einem verbissen geführten Prozess zwischen dem Vorstand der Adalbert-Stiftung und Kleinewefers. Nach Aussagen des Stiftungs-Vorstandes ging es um einen Brief (von wem auch immer) an die polnische Botschaft – mit der sie damals bereits zusammenarbeiteten – in dem die NS-Vergangenheit Kleinewefers dargestellt wurde. Darauf habe man vereinbart, dass Kleinewefers ausscheidet und sein Name im Stiftungstitel nicht mehr auftaucht. Der war aber nicht einverstanden und warf im Gegenzug den Vorstandsmitgliedern Dickel und Süssmuth Missbrauch von Stiftungsgeldern vor.

Wie immer das auch weiterlief, Paul Kleinewefers ist inzwischen verstorben, und der Stiftungsvorstand umgebildet. Die Kleinewefers-Tochter Antje musste ihn verlassen und auch z.B. Klaus Wieners, Bankdirektor und Geschäftsführer der WestLB Research GmbH. Neu hinzugekommen ist u.a. der Direktor der katholischen bischöflichen Akademie Henrix. Wichtiger als die Personen ist die Frage: Hat sich die Politik der Adalbert-Stiftung seither verändert? Davon ist nichts zu bemerken. Selbst die Vergabe des Preises an Kohl war bereits Ende der 90er geplant, wurde damals aber im Zusammenhang mit der Spendenaffäre ausgesetzt. Die Art der Preisverleihung war so weniger eine Ehrung für Kohl, als eine hintergründige Erniedrigung des polnischen Präsidenten Kwasniewzki und des die Laudatio haltenden Auschwitz-Überlebenden Bartoszewski.

Die Adalbert-Stiftung ist ein Beispiel dafür, wie konservative und rechte Strukturen sich verzahnen, Trennlinien verschwimmen und nicht mehr erkennbar sind. Der Faschismus ist kein Problem einer rechten Subkultur, er kommt aus der Mitte der Gesellschaft.

Herbert Steeg ■

Verein „Erinnern für die Zukunft“:

Bürgermeister Scherf würdigt ehrenamtliches Engagement

von Thomas Klaus

Senatsempfang für die Mitglieder des Vereins „Erinnern für die Zukunft“: Mit diesem besonderen Festakt dankte ihnen Bremens Bürgermeister und Senatspräsident Dr. Henning Scherf für ihr ehrenamtliches Engagement. Der Regierungschef des kleinsten Bundeslandes an die Adresse der rund 300 Mitglieder: „Sie haben dazu beigetragen, dass sich diese hansestädtische Gesellschaft nicht nur geöffnet, sondern auch verändert hat.“

Der Verein „Erinnern für die Zukunft“ wurde im Januar 1991 gegründet und ging auf einen Runden Tisch aus Anlass des 50. Jahrestages der so genannten Reichskristallnacht zurück. 1988 hatten eine Reihe Initiativen und Einrichtungen aus der Weser-Metropole ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zum Gedenken an die antisemitischen Ausschreitungen im November 1938 entwickelt. So entstand der Wunsch nach einer längerfristigeren Zusammenarbeit.

Das Ziel mit den Worten der Vereinssprecherin Dr. Sabine Offe (Universität Bremen): „Wir wollen die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus wach halten und die Erfahrungen aus dieser Geschichte in die Gegenwart umsetzen. So sollen die Leitbilder Menschenwürde, Toleranz und Zivilcourage gefüllt und insbesondere auch für Jugendliche erfahrbar gemacht werden.“

Seitdem der Verein „Erinnern für die Zukunft“ ins Leben gerufen wurde, hat er zahlreiche weitere Ausstellungen und Gedenkveranstaltungen organisiert oder betreut, so zum Beispiel 1990 zum Leben und Sterben des jüdischen Mädchens Anne Frank, 1994 über das Jugend-Konzentrationslager Moringen und Uckermark, 1995 zur Erinnerung an den 50. Jahrestag des Weltkriegsendes in Bremen und 2003 über die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Ein besonderer Höhepunkt der Vereinsarbeit war eine Studienfahrt nach Minsk im Jahre 2002, bei der ein Gedenkstein für die aus Bremen deportierten Juden enthüllt wurde.

Seit 1997 ist der Verein, der eine eigene Schriftenreihe mit zurzeit zwei Büchern publiziert, für das bremische Programm zum 27. Januar zuständig, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Dabei kooperiert er neben weiteren Partnern mit der Landeszentrale für politische Bildung. Außerdem betreut der Verein die Dokumentationsstätte Gefangenenhaus Ostertorwache.

Unter den Mitgliedern finden sich einzelne Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Initiativen und Verbände, kommunale Einrichtungen, Bildungsinstitutionen und Kirchen. Dieses breite Spektrum spiegelt sich auch im Vorstand wider. Ihm gehört als Sprecherin neben Frau Dr. Offe Maria Meyer vom Landesinstitut für Schule an. Als Kassierer fungiert Dr. Günther Rohdenburg vom Staatsarchiv Bremen und als Schriftführer Michael Scherer von der Landeszentrale für politische Bildung. Beisitzer sind Olaf Droste, Öffentlichkeitspastor der Bremischen Evangelischen Kirche, Dr. Thomas Köcher von der Universität Bremen und Bernd Möllers, Leiter des Bildungswerks der Katholiken im Lande Bremen.

Weitere Informationen über den Verein „Erinnern für die Zukunft“ sind im Internet zu haben:

www.erinnernfuerdiezukunft.de ■

Keine „Böhsen Onkelz“ mehr

FRANKFURT. Die „Böhsen Onkelz“, erste Kultband der Rechtsrock-Szene in Deutschland und später eine ähnlich vergötterte Band des Hardrocks, lösen sich auf. Wie die Frankfurter Musikgruppe auf ihrer offiziellen Hompage ankündigt, wollen sie noch ein Studioalbum („Adios“) veröffentlichen, eine Tournee spielen und kommendes Jahr zum 25-jährigen Bandjubiläum ein Abschiedskonzert geben,. Die Band, die sich und ihre große Anhängerschaft gerne als verschworene Gemeinschaft von Underdogs ansah, nennt die Auflösung in ihrem bekannt-pathetischen Jargon den „letzten und endgültigen Arschtritt für alle, die uns in den vergangenen 24 Jahren das Leben schwer machen wollten“.

Gründe für die Auflösung der Band seien die imensen Erfolge in den letzten Jahren – unter anderem war die Band auf Platz eins der Albumcharts vertreten –, die nicht mehr zu überbieten seien. Man trete zudem lieber würdevoll ab, als sich ewig im Rockzirkus aufzuhalten. Die „Böhsen Onkelz“ hatten sich Anfang der 8oer Jahre gegründet. 1984 veröffentlichten sie auf dem Label „Rock-O-Rama“ das unter Rechtsextremen zur Kultplatte avancierte Album „Der nette Mann“. Anfang der 90er Jahre begannen sich die vier Musiker dann langsam von der rechten Szene zu distanzieren. Teile der Rechten nannten sie daraufhin „Verräter“, obschon andere Teile der Neonazi-Szene weiterhin die frühen Songs der Band abfeierten. *www.bnr.de*

Die Abwehr steht

Otto Schily, Peter Müller und Günther Beckstein einigen sich ohne Grüne auf „Zuwanderungsgesetz"

Erwartungsgemäß haben sich Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und die Unionspolitiker Günther Beckstein und Peter Müller auf den endgültigen Text eines Zuwanderungsgesetzes geeinigt. Die Grünen waren von den Schlussverhandlungen ausgeschlossen, werden aber dem faulen Kompromiss zustimmen.

Der Fraktionschef der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Volker Ratzmann, behauptete zwar am Mittwoch, das Gesetz bestehe nur den „grünen TÜV", wenn es für keinen einzigen Migranten eine Verschlechterung gebe, tatsächlich enthält das Zuwanderungsgesetz aber zahlreiche Verschärfungen: Ausweitung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit abgesenkten Sozialleistungen, erhöhte Abschiebegefahr für bisher geduldete Menschen oder die künftig zwingende Überprüfung, ob das Asylrecht nachträglich entzogen werden soll. Mit welchem Zynismus SPD und Bündnis 90/Die Grünen handeln, zeigte sich in dieser Woche im Landtag von Schleswig-Holstein. Dort erhoben beide Parteien in einem gemeinsamen Antrag die Forderung, das Zuwanderungsgesetz müsse auch ein Bleiberecht für langjährig in Deutschland lebende Migranten vorsehen, also eine „Altfallregelung". Gerade diese lehnte Schily gemeinsam mit der Union stets ab.

Vom einst wichtigsten SPD/Grünen-„Reformprojekt" blieb damit faktisch nichts übrig. Bayerns Innenminister Beckstein (CSU) rühmte sich zu recht, einen „Paradigmenwechsel" hin zum multikulturellen Einwanderungsland verhindert zu haben. Nur der Name „Zuwanderungsgesetz" blieb, inhaltlich ist es ein Gesetz zur Abwehr und schnelleren Ausweisung von Migranten geworden.

Der Anwerbestopp bleibt grundsätzlich bestehen. Eine Zuwanderung nach dem Punktesystem – Kernstück grüner „Reformbestrebungen" – hat die CDU/CSU kategorisch abgelehnt. Die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung wurde zwar festgeschrieben; dazu bestand aber ohnehin eine Verpflichtung aufgrund einer EU-Richtlinie. Eine Härtefallregelung, die ein Bleiberecht in Einzelfällen aus humanitären Gründen vorsieht, wird zwar eingeführt, tritt aber automatisch nach fünf Jahren wieder außer Kraft. Nur beim Kindernachzug hat die CDU/CSU zu hoch gepokert. Sie wollte das Nachzugsalter auf zwölf Jahre herabsetzen und praktisch keine Ausnahmen zulassen. Da es hierüber zu keiner Einigung kam, bleibt es einfach beim jetzt geltenden Nachzugsalter von 16 Jahren.

Im letzten Teil der quälend langen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss hat die CDU/CSU so viele „Sicherheitsfragen" hineinverhandelt, dass die Grünen im Mai ausstiegen. Grünen-Parteichef Reinhard Bütikofer verkündete damals: „Das Spiel ist aus." Den Ausstieg aus den Verhandlungen bedeutete das nicht. Nach Einigung der Innenminister erklärte Bütikofer am Donnerstag: Die Formulierungen des Gesetzestextes seien „in der Tat mit uns so abgesprochen", das Verhandlungsergebnis sei „alles andere als ein Grund, Trauer zu tragen".

Der Bundeskanzler einigte sich am 25. Mai mit den Parteivorsitzenden von CDU und CSU auf einen politischen Kompromiß und blamierte seinen Koalitionspartner, indem er die Grünen ohne Absprache von den weiteren Verhandlungen ausschloss. Den letzten Schliff des Gesetzestextes nahmen nun Schily, Müller und Beckstein vor. Nach ihrer Verabredung gibt es künftig eine uferlose Ausweisungsmöglichkeit gegen sogenannte Hassprediger, sofortige Abschiebung von Personen mit „Terrorismusbezug" mit verkürztem Rechtsschutz, Residenzpflichten für Migranten, Überwachung und Kontaktsperre für Personen, denen keine konkreten Straftaten nachweisbar sind sowie eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor Erteilung einer Niederlassungserlaubnis. Sogar die von SPD/Grünen bisher stets abgelehnte „Warndatei" wird in das Gesetz aufgenommen. Wer zukünftig einen Ausländer nach Deutschland einlädt, damit dieser ein Einreisevisum erhält, wird registriert.

Zuletzt wurden auch noch die Integrationsregelungen verschärft. „Neuankömmlinge" haben zwar einen Anspruch auf Sprachkurse; zugleich wird ihnen gedroht, dass der Aufenthalt nicht verlängert wird, wenn sie nicht gut genug Deutsch lernen. Auch Migranten, die schon länger hier leben, können zur Teilnahme an Sprachkursen verpflichtet werden; andernfalls droht ihnen eine Kürzung von Sozialleistungen um zehn Prozent. Statt Förderung gibt es also Sanktionen.

Es gilt als sicher, dass der Vermittlungsausschuß nach sieben Monaten Verhandlungen am 30. Juni diesen Kompromiss billigen wird. Bundesrat und Bundestag werden abschließend am 9. Juli über das Zuwanderungsgesetz entscheiden. *Ulla Jelpke, junge Welt* ■

„Nicht die Menschen verteilen, sondern die Kosten!"

Zur beabsichtigten bundesweiten Verteilung der sog. unerlaubt eingereisten Flüchtlinge

Auf besondere Kritik des Fördervereins Kölner Flüchtlingsrat stößt die nach § 15 a Aufenthaltsgesetz beabsichtigte bundesweite Verteilung „unerlaubt eingereister Ausländer". Nach dieser Regelung werden neu ankommende Flüchtlinge, die ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung bzw. ohne gültigen Pass oder Passersatz in das Bundesgebiet einreisen und sich unmittelbar bei einer Kommune melden, um Abschiebeschutz zu begehren, vor der Entscheidung über die Aussetzung der Abschiebung oder die Erteilung eines Aufenthaltstitels auf die Länder verteilt. Claus-Ulrich Prölß, Geschäftsführer des Fördervereins Kölner Flüchtlingsrat e.V.: „Die Erfahrung mit der Umsetzung der bundesweiten Verteilungsregelung für Asylsuchende zeigt, dass hierdurch immer wieder Härtefälle produziert werden. Nicht die Menschen sollten bundesweit verteilt werden, sondern die Kosten! Auch dadurch würden die Kommunen entlastet werden."

Nach der neuen Regelung soll bei der Verteilung auch nur die Haushaltsgemeinschaft zwischen Ehegatten oder Eltern und ihren minderjährigen Kindern oder „sonstige zwingende Gründe" berücksichtigt werden, und auch nur dann, wenn diese Voraussetzungen vor der Verteilung nachgewiesen werden. Claus-Ulrich Prölß: „Was ist mit eheähnlichen oder anderen Lebensgemeinschaften, was mit Großfamilien, was, wenn eines der Kinder gerade volljährig ist, was, wenn der ‚zwingende Grund' erst nach einer Verteilung nachgewiesen werden kann? Die Neuregelung blendet solche beispielhaft genannten Lebensumstände völlig aus und dient damit in keiner Weise humanitären Gesichtspunkten."

Nach dem Gesetzestext ist Widerspruch gegen die Verteilungsentscheidung nicht möglich. Als einziges Rechtsmittel ist hier die Klage vorgesehen, die aber keine aufschiebende Wirkung hat. Claus-Ulrich Prölß: „Mal ganz abgesehen davon, wie ein gerade in Deutschland angekommener und verteilter Flüchtling Klage beim Verwaltungsgericht gegen die Verteilungsentscheidung einlegen soll: er müsste dazu noch einen Antrag auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung stellen. Das weiß und kann fast niemand. Ein Rechtsmittel ist also zwar möglich, würde aber von den Flüchtlingen – ohne entsprechende Beratung – praktisch nicht eingelegt werden können!" Die neue Verteilungsregelung bedeutet eine Schlechterstellung gegenüber Asylsuchenden hinsichtlich des vorgesehenen Aufenthaltes in sog. Aufnah-

Dreiländeraktionen im Oktober in Strasbourg

Unterstützt die Dreiländer-Aktionswoche / Zweite Dreiländer-Demonstration

Nach der ersten gemeinsamen grenzüberschreitenden Dreiländer-Demonstration im Dreiländereck im Jahr 2002 (Basel, St.Louis und Weil am Rhein) und der mittlerweile beachteten Dreiländer-Wanderausstellung „Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben", die im Jahr 2003 auf Tour im Dreieckland ging, wird die weitere Zusammenarbeit und die mittlerweile breitere Vernetzung durch eine Aktionswoche in der letzten Oktoberwoche 2004 in Strasbourg öffentlich demonstriert.

Vom 23. bis zum 31. Oktober 2004 soll in Strasbourg die Dreiländer-Wanderausstellung gezeigt werden. Parallel dazu werden verschiedene Veranstaltungen stattfinden. Da in der letzten Oktoberwoche die parlamentarische Woche des EU-Parlamentes stattfindet und somit sämtliche EU-Abgeordnete und die europäische Presse sich in Strasbourg befinden, sollen öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Aktionen stattfinden. Neben einer Pressekonferenz wird die Ausstellung durch politische Gruppen aus der Nordwestschweiz, dem Alsace und aus Südbaden eröffnet. Eine Zweite Dreiländerdemonstration soll in Strasbourg am Samstag den 30. Oktober stattfinden, eine Grenzaktion ist angedacht, eine Kundgebung beim Zentralcomputer des Schengeninformationssystem (CSIS), ein politisches Musikfestival, Filmveranstaltungen und vieles mehr sind im Gespräch.

Bündnis in Strasbourg / Alsace

In Strasbourg hat sich für die Dreiländeraktionen ein Bündnis bestehend aus Solidarité Unité Democratique (SUD /Gewerkschaft), CASAS, CLAPEST, der weitere 40 Gruppen angeschlossen sind, Festival permanent contre le lois racisté, Ras l'front, Groupe Juillet 1939 – Fédération Anarchiste, Ligue Communiste, Conféderation National du Travail (CNT) gebildet. Weitere Gruppen werden zur Unterstützung im Alsace angesprochen werden. Die Gruppen in Mulhouse, die sich im Le collectif Mulhousien de Défense des Personnes Etrangères (CMDPE) zusammengeschlossen und bereits die Dreiländer-Wanderausstellung mitorganisiert und in Mulhouse gezeigt haben, werden ebenfalls nach Strasbourg aufrufen. Mit der nationalen Koordination der Sans Papiers in Paris soll gesprochen werden, ebenfalls die ca. 80 Menschenrechts-, Flüchtlings- und Exilorganisationen aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland, die bereits 2002 den Aufruf zur Dreiländerdemonstration mitgetragen haben. Weitere Gruppen in Sélestat und Colmar sollen für die Aktion gewonnen werden. In der Nordwestschweiz wie in Südbaden finden Treffen von UnterstützerInnen statt.

Aufruf

Neben dem zentralen Aufruf werden drei konkretisierende Ergänzungen die spezielle politische Entwicklung in Bezug auf die Migrations- und Asylpolitik in den drei Ländern aufzeigen. Der Aufruf und die Ergänzungen werden mit dem Programm der Woche (vom 23. bis 31. Oktober 2004) in einem Aktionsheft in deutscher und französischer Sprache veröffentlicht. Der zentrale Aufruf soll in verschiedenen Sprachen bekannt gemacht werden.

Der zentrale Aufruf ruft für einen weiteren Zusammenschluss im Dreieckland auf und knüpft damit an das Dreiländer-Manifest aus dem Jahr 2002 an. Er spricht sich für die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit aus, Grundrechte, die für alle gleich gelten müssen. Das „neue Europa", das sämtliche Grenzen niedergerissen hat, um der Zirkulation des Kapitals den ungehinderten freien Lauf zu lassen, baut seine Außengrenzen zu einer „Festung Europa" für die Menschen auf. Seit der ersten Stunde des Schengener-Akommens ist das Programm der europäischen Regierungen klar. Flucht und Wanderung werden immer mehr in die Ecke einer kriminellen Tat gestellt, verfolgt und bestraft. Die Entwicklungen der Polizeien an den Außen- wie auch an den Innengrenzen Europas geben der Exekutive immer mehr die Legitimation der willkürlichen Kontrolle, Überwachung und Festnahme. Selbst das lange Jahre hochgehaltene Asylrecht, das eigentlich Menschen, die in Gefahr sind, Schutz gewähren soll, wird immer mehr zur Farce. Bei der Migrationspolitik wird besonders eines sehr deutlich sichtbar, Menschenwürde zählt nicht mehr, es zählt nur noch die Rentabilität und die Höchstprofite. Dort, wo gerade die menschliche Frage zentral ist, argumentieren die Regierungen der EU im wirtschaftlichen Sinne und ziehen ihre Interessen dem Leben von Kindern, Frauen und Männern vor.

Der Aufruf aus Strasbourg endet mit folgenden Worten:

„Damit es einen echten Wandel in der Immigrationspolitik Europas gibt, fordern wir:

- die Legalisierung aller „Sans Papiers"
- das Ende der Abschiebungen
- die Freilassung aller inhaftierten „Sans Papiers"
- die Schließung aller Abschiebelager
- Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit
- Ein offenes Europa, das die Rechte und Freiheiten der MigrantInnen respektiert.
- Gegen die Festung Europa."

Strasbourg

Für die politischen Gruppen aus den drei Ländern wird es wichtig sein, dass die Aktionswoche in Strasbourg ein weiterer Zwischenschritt und Erfolg wird. Strasbourg ist nicht nur Sitz des europäischen Parlamentes sondern auch Sitz des Europarates, ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 40 Staaten, älter als die EG/EU. Über den Europarat wurden politische wie soziale Rechte in der Europäischen Konvention formuliert, die sicherlich auch Thema bei der Aktionswoche werden.

Wer bei der Vorbereitung für die Aktionswochen einsteigen möchte, kann dies tun. Ab dem 1. Juli finden zweiwöchentlich Treffen in Strasbourg bis zum Oktober statt. Über die email-Adresse: Netzwerk-Dreyeckland@gmx.net kann der Treffpunkt erfragt werden. *was* ■

Meeinrichtungen. Während für Asylbewerber der Aufenthalt dort auf maximal drei Monate begrenzt ist, hat der „unerlaubt eingereiste" Flüchtling in einer Aufnahmeeinrichtung längstens „bis zur Aussetzung der Abschiebung oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels" zu wohnen. Claus-Ulrich Prölß: „Die Wohnsitznahme in einer Aufnahmeeinrichtung ohne zeitliche Befristung öffnet die Tür für eine Sonderbehandlung dieses Personenkreises. Die Befürchtung liegt auf der Hand, dass die Unterbringungspflicht zur Disziplinierungs- und Abwehrmaßnahme verkommt. Diese Praxis kennen wir in Köln ja bereits!"

Der Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V. fordert die Abschaffung bestehender und künftiger bundesweiter Verteilungsregelungen für Flüchtlinge. Gleichzeitig fordert der Verein die Einsetzung und Finanzierung unabhängiger Verfahrensberatungsstellen für „unerlaubt eingereiste" Flüchtlinge.

gez. Claus-Ulrich Prölß
Mobiltelefon: 0171 7992647
www.koelner-fluechtlingsrat.de ■

Bundesverband richtete Symposium zu hilfsbedürftigen NS-Verfolgten aus

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. in Zusammenarbeit mit dem Psychotherapeutischen Arbeitskreis für Betroffene des Holocaust veranstalteten am Dienstag, den 22. Juni ein vielbeachtetes eintägiges Symposium mit dem Titel „Kein Ort deer Zuflucht für hilfsbedürftige NS-Verfolgte“. Über siebzig Teilnehmer von circa 50 Organisationen und Institutionen trafen sich in den Räumen des Landschaftsverbands Rheinland in Köln, um über eine Integration von hochbetagten und hilfsbedürftigen Opfern des NS-Regimes in die Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege zu diskutieren.

Nach der Begrüßung gingen vier einführende Beiträge auf die besonderen Probleme von NS-Opfern in höherem Alter ein. Der Traumaexperte Peter Liebermann erläuterte sehr plastisch mögliche Auslöser in stationären und ambulanten Pflegesituationen für eine Wiederkehr des erlittenen Traumas, während die Geschäftsführerin des Bundes für Zwangssterilisierte und „Euthanasie“Opfer, Margret Hamm anrührend drei unterschiedliche Lebensläufe von NS-Zwangssterilisierten skizzierte. Der Pflegewissenschaftsdozent Dr. Wilfried Schnepp berichtete aus einem laufenden Forschungsprojekt zum Thema an der Universität Witten-Herdecke und Petra Vollmer von ihren Erfahrungen beim Aufbau eines besonderen ambulanten Pflegedienstes für NS-Verfolgte in Hamburg.

„Alter darf kein Hallraum für die vergangenen Schrecken dieser NS-Überlebenden sein“ fasste Moderator Albrecht Kieser die Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen des Nachmittags zusammen. Die Teilnehmerinnen aus verschiedenen Sparten der Altenhilfe und- Pflege, NS-Verfolgtenverbänden, Gedenkstätten und Entschädigungsbehörden waren sich einig, dass es einen dringenden Handlungsbedarf gibt. Durch Fortbildung der Pflegekräfte, besonderen Begegnungsmöglichkeiten von NS-Opfern, spezialisierten Pflegediensten und ähnlichen Initiativen muss der Retraumatisierung bei wachsender Hilfsbedürftigkeit entgegengewirkt werden.

„Dieses Symposium stellt den Auftakt einer größeren Kampagne dar“ erläutert die langjährige Mitarbeiterin des Bundesverbandes, Sonja Schlegel. Sie hofft auf Unterstützung eines breiten Bündnisses der politischen und sozialen Kräfte Kölns, um trotz Sparmaßnahmen die Kölner NS-Verfolgten in ihrem letzten Lebensabschnitt nicht allein zu lassen. Bereits im Herbst möchte der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte mit einem wöchentlich stattfindenden Café für NS-Opfer aus Köln und Umgebung den nächsten Schritt machen.

Ermöglicht wurde dieser bisher einmalige Austausch durch eine finanzielle Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen im Landschaftsverband Rheinland und des UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar). Zum Jahresende werden die Beiträge und die Ergebnisse in einer Tagungsdokumentation erscheinen. Auch über das Grußwort von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse freuten sich die Veranstalter.

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte, Köln
info@nsberatung.de
www.nsberatung.de ■

Demokratie verträgt keine Quarantäne

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. protestiert gegen die vom Innenministerium geplanten Verschärfungen des Versammlungsrechts. Von Verwaltungsgebühren für Auflagenbescheide bis zum Wasserwerfereinsatz bei Minusgraden, ob totale Videoüberwachung durch Dokumentationstrupps der Polizei, Gefährderanschreiben, Meldeauflagen, Schlagstockeinsatz oder stundenlange Einkesselungen: Dieses für Castor-GegnerInnen, GlobalisierungskritikerInnen oder AntifaschistInnen schon bekannte Arsenal an „kleinen“ und großen, juristischen und faktischen Einschränkungsmöglichkeiten der Demonstrationsfreiheit beweist, dass sich Polizei und Versammlungsbehörden in der Realität oft genug einen Dreck um die hehren Worte des Bundesverfassungsgerichts zur „grundlegenden Bedeutung“ des Versammlungsgrundrechts für Demokratie und Freiheit scheren. Doch das ist für das Bundesinnenministerium offenbar noch nicht genug. Wie aus den Medien zu erfahren ist, plant es eine Änderung des Versammlungsgesetzes, wonach an bestimmten Erinnerungsorten von „nationaler Bedeutung“ Demonstrationen grundsätzlich verboten oder beschränkt werden dürfen. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten für ein konkretes Demonstrationsverbot erweitert werden.

Hintergrund für die geplanten Bannmeilen um Gedenkstätten sind Befürchtungen vor Nazi-Aufmärschen an dem in etwa einem Jahr fertiggebauten Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Deshalb sollen generelle Versammlungsbeschränkungen und -verbote für Orte verhängt werden dürfen, die „in eindeutiger Weise an die Opfer einer organisierten menschenunwürdigen Behandlung“ erinnern und die „als nationales Symbol für diese Behandlung anzusehen“ sind. An diesen Orten könnte dann eine Versammlung, die geeignet sei „diese menschenunwürdige Behandlung der Opfer zu billigen, zu leugnen oder zu verharmlosen“ leichter verboten oder mit Beschränkungen belegt werden.

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. befürchtet, dass diese Maßnahmen, die sich nur vordergründig gegen die menschenverachtende Hetze von Neonazis richten, auch zur Repression gegen Linke eingesetzt werden können. Diese Erfahrung konnte bereits mit der Einführung von Dateien, in denen vermeintliche politisch motivierte GewalttäterInnen erfasst werden, gemacht werden. Öffentlichkeitswirksam im kurzen Sommer des „Aufstands der Anständigen“ als Instrument gegen neofaschistische Gewalt verkauft, wurden gleichzeitig stillschweigend entsprechende Dateien für den Bereich „Links“ und „Ausländerextremismus“ geschaffen. Ähnlich verhielt es sich mit Ausreiseverboten, die zuerst gegen Hooligans im Vorfeld von Europa- oder Weltmeisterschaften angewandt wurden, danach aber auch gegen GlobalisierungsgegnerInnen, um sie an der Teilnahme von internationalen Anti-Gipfel-Protesten zu hindern. Eva Erle vom Bundesvorstand der Roten Hilfe: „Einmal angenommen, das „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird gebaut. Problemlos lässt es sich bei einem entsprechenden politischen Willen unter diese Vorschrift subsumieren. Jede antifaschistische Demonstration, die sich gegen die mit diesem Zentrum geplante Verharmlosung der Nazi-Verbrechen durch die Gleichsetzung mit dem „deutschen Vertreibungsschicksal“ richten würde, liefe Gefahr, verboten werden zu können.“

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. protestiert aufs Schärfste gegen den Versuch, bestimmte Orte und Themen der öffentlichen Debatte zu entziehen, indem sie quasi unter Quarantäne gestellt werden. Er fordert deshalb alle Abgeordneten des Bundestages auf, diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu verweigern. Er ruft alle demokratisch gesinnten Kräfte auf, diesem Angriff auf die Versammlungsfreiheit aktiv entgegenzutreten und ihn abzuwehren.

Rote Hilfe e.V., www.rote-hilfe.de ■

16. Antifa-Camp Weimar/Buchenwald 24.7. bis 31.7. 2004

Das diesjährige Antifa-Camp hat wieder jede Menge zu bieten. Neben den praktischen Arbeitsprojekten auf und an der Gedenkstätte Buchenwald, u.a. im ehemaligen Steinbruch, den Gustloff-Werken (ehemaliger Rüstungsbetrieb in Buchenwald) und dem so genannten „Pferdestall“ – der Genickschussanlage, in der Tausende Häftlinge ermordet wurden – gibt es zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionsrunden. Ein Zeitzeugengespräch mit einem ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers gehört genau so zum Programm, wie ein Vortrag zu neonazistischen Strukturen in Thüringen.
Es wird ein Eröffnungs- und Abschlusskonzert und ein tägliches Campkino mit Wunschfilmbox geben. Das Camp beginnt am 24. Juli und endet am 31. Juli 2004. Natürlich können Leute, die nicht über den gesamten Zeitraum bleiben können, auch tageweise vorbeischauen. Der Unkostenbeitrag beträgt Euro 7,00 pro Tag/Teilnehmer (Geländemiete, Miete für sanitäre Einrichtungen, Verpflegung etc.). Zelte und die entsprechenden Camping-Utensilien bitte nicht vergessen.
Die Anreise ist ab 24. Juli, täglich ab 10.00 Uhr, in der Gerberstraße 01 in Weimar (besetztes Haus im Stadtzentrum) möglich. Von dort wird es einen Shuttle-Dienst zum eigentlichen Campgelände geben.

Kontakt und Anmeldung: c/o Infoladen
Schlachthofstrasse 25 , 06844 Dessau, phone: 0340 - 266 02 -10 / fax: -12,
mail to: Antifacamp@yahoo.de, site: www.antifacamp.de.vu

Sommer Sonne Antifa...

...lautet auch zum vierten Mal das Motto des Antifaschistischen Jugend-Camps in Oberhausen. Vom 22.7- 25.7.04 wird es Workshops, Seminare und Diskussionen, sowie Abends Partys, Filme und ein Konzert geben. Neben Grundlagenveranstaltungen für NeueinsteigerInnen, in denen es zum Beispiel um „Neonazis auf dem Vormarsch“ und eine „Einführung in die Kritik des Antisemitismus“ gehen wird, werden in diesem Jahr zum Beispiel auch Veranstaltungen zur Kritischen Theorie, zur Kritik der Arbeit oder zum Begriff des Kommunismus angeboten. Insgesamt wird es während der drei Tage zwölf Veranstaltungen und drei Workshops geben. Das Ganze findet wie jedes Jahr im Jugend- und Kulturzentrum Druckluft (Am Förderturm 27 in 46049 Oberhausen) statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 25 Euro, dafür gibt es wahlweise vegane oder vegetarische Vollverpflegung und Zeltplätze. Solltet ihr nur an einem der Tage teilnehmen können, bieten wir auch Tageskarten an. Erkundigt euch deswegen bei uns. In Kürze könnt ihr das Programm auf der Homepage www.antifacamp.de abrufen.

A2K2 [westl. Ruhrgebiet] für die Campvorbereitung [antifajugend.dorsten, Antifajugend Marl, Antifajugend Moers, Jugendantifa Essen, Jugendantifa Voerde]
www.antifacamp.de, mailto:camp@no-nazis.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Dreieinhalb Jahre ist es her, dass die Landsmannschaft Ostpreußen ihren ersten Kommunalpolitischen Kongress abhielt. Nicht um Kommunalpolitik in der Bundesrepublik ging es dabei, sondern um Kommunalpolitik in Polen. Die „Heimatkreise“ der Landsmannschaft, Zusammenschlüsse der ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner eines heute polnischen Ortes, sprachen über Möglichkeiten, in ihrer „Heimat“ – also auf polnischem Territorium – mittels einer Kooperation mit den polnischen Gebietskörperschaften Mitbestimmungsmöglichkeiten zu erhalten. Sie bündelten mit dieser Tagung verschiedene Versuche, die einzelne Heimatkreise seit Beginn der 1990er Jahre unternommen hatten.

Inzwischen hat die Landsmannschaft Ostpreußen ihren dritten Kommunalpolitischen Kongress hinter sich und wertvolle Erfahrungen in Kommunalpolitik auf fremdstaatlichem Territorium gewonnen. Als der Pommersche Kreis- und Städtetag – in ihm sind die „Heimatkreise“ der Pommerschen Landsmannschaft versammelt – kürzlich bei einer Tagung in Polen „Vertriebene“ und Abgeordnete polnischer Kommunen zusammenbrachte, konnte man sich über geeignete Methoden zum Auf- und Ausbau kommunaler „Partnerschaften“ von erfahrenen Pionieren berichten lassen. Bernd Hinz, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, übernahm diese Aufgabe.

Hinz, so der Deutsche Ostdienst, „berichtete über die Entstehung, die Zielsetzung und die Wirkung der 16 Partnerschaften, die seit dem Beginn der grenzüberschreitenden Arbeit der Heimatkreisgemeinschaften zu Beginn der neunziger Jahre begründet werden konnten. Die Zwischenbilanz dieser kommunalen Außenpolitik der ostpreußischen Heimatvertriebenen kann sich sehen lassen: Eine enge Zusammenarbeit auf kulturellem und humanitärem Gebiet, die Akzeptanz der ostpreußischen Heimatkreisgemeinschaften seitens der Polen als ideelle Gebietskörperschaften sowie die Aufwertung der Deutschen Vereine in den Heimatkreisen sind unter anderem als Ergebnisse der partnerschaftlichen Verbindungen zu nennen.“

Das ostpreußische Vorbild hat offenbar beeindruckt. „Der Pommersche Kreis- und Städtetag“, resümiert der Deutsche Ostdienst, hat sich „dem kommunalpolitischen Weg der Landsmannschaft Ostpreußen angeschlossen“.

jk - nach DOD 6/2004

EU-Osterweiterung: Deutschland endlich wiedervereinigt

Nation und Europa 6/2004

„‚Freiheit', die sie meinen" heißt das Schwerpunktthema des Juniheftes von „Nation & Europa". Illustriert wird der Titel von zwei Bildern: Rechts ein Mensch auf einer Kiste stehend, bekleidet mit einem sackähnlichen Umhang und einer Kapuze über dem Gesicht, an den Händen der ausgestreckten Arme Stromkabel. Ein Folteropfer der US-Armee im Irak. Links daneben bekommt ein Mann, dessen Kopf ebenfalls verhüllt ist, eine Schlinge um den Hals gelegt um gehenkt zu werden. Um ihn herum stehen ein Geistlicher und vier US-Soldaten. Es handelt sich um die Hinrichtung eines Nazi-Kriegsverbrechers 1951 in Landsberg. Deutschland und der Irak – für N&E handelt es sich in beiden Fällen um von den USA unterdrückte Nationen. Um das gleiche auszudrücken benötigt *Harald Neubauer* fünf Seiten. „Wer sich in der Zeitgeschichte auskennt, kann sich über die aktuellen Ereignisse im Irak kaum wundern. Deutsche Gefangene wurden im Zweiten Weltkrieg und auch noch danach von US-Soldaten mißhandelt, gefoltert und in nicht wenigen Fällen ermordet. Die politischen und militärischen Führer der Besiegten kamen auf die Anklagebank, ins Zuchthaus und aufs Schafott". Die Deutschen – Opfer der USA.

Die andere Seite der Medaille ist das Bestreben, zumindest in Europa wieder die erste Geige zu spielen. Franz Schönhuber gibt ihm eine Stimme: „Der Denkansatz, Europa zu einen, ist prinzipiell richtig. Sich als überzeugter Europäer zu bekennen, bedeutet keinen Verrat am eigenen Volk. Im Gegenteil. Der Befürworter Europas will die Isolierung Deutschlands verhindern. Aber dies erfordert ein selbstbewußtes, aus der ewigen Büßerhaltung heraustretendes Land. Es muß den Deutschen erlaubt sein, sich einen leistungsangemessenen Platz im europäischen Haus zu sichern – und zwar im Zentrum, nicht an der Peripherie. Deshalb auch meine Bejahung einer führenden Rolle Kerneuropas, das vor allem auf der engen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland beruht".

Wolfgang Schäuble hatte vor Jahren die gleiche Idee. Schönhuber ist an einem starken, oder nur gleichberechtigten Frankreich aber gar nicht interessiert und zieht darum flugs die Trumpfkarte der Rechte für nationale Minderheiten aus dem Ärmel: „Mehr Rechte für die deutschstämmigen Oberschlesier, für die Südtiroler, Basken, Korsen und Flamen...". Damit wäre Deutschland mit einer fünften Kolonne in Polen und Italien gestärkt, Frankreich aber geschwächt. Ein wenig verwundert es nur, dass er die Bretonen nicht nennt. Die dürfen in ähnlichen Aufzählungen unterdrückter nationaler Minderheiten ansonsten nicht fehlen.

Chancen für eine Änderung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durch die Osterweiterung der EU sehen offensichtlich auf der äußersten Rechten Einige. *Sabine Pohling* berichtet über einen Fall an der TU Braunschweig. Dort hatte die Burschenschaft Thuringia ein Plakat in ihren Schaukasten gehängt, auf dem es hieß: „Wir begrüßen Schlesien, Westpreußen, Pommern, Süd-Ostpreußen und das Sudetenland in der EU. Ein großer Schritt für Europa – ein größerer Schritt für Deutschland". Ähnlich sieht das *Liane Hesselbarth*, Fraktionsvorsitzende der DVU im brandenburgischen Landtag: „Fast das gesamte angestammte Siedlungsgebiet des deutschen Volkes, wie es Hoffmann von Fallersleben in seinem ‚Lied der Deutschen' geographisch umschrieben hat, ist jetzt in der Europäischen Union vereinigt. Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt – jetzt ist Deutschland wiedervereinigt... und für Nord-Ostpreußen findet sich auch noch eine Lösung".

Und ihr Fraktionskollege *Sigmar-Peter Schuldt* legt noch einen drauf: „Die ‚mörderische Vertreibung' von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat werde mit der EU-Aufnahme der Vertreiberstaaten ‚quasi nachträglich zum europäischen Recht'. Das könne auf Dauer nicht so bleiben". Wer diese Aussagen als Drohung versteht, irrt bestimmt nicht.

In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit verderben berufstätige Frauen nur die Statistik und sollen deshalb möglichst schnell wieder Hausfrauen werden. Bei dem seriösen deutschen Professor der Bevölkerungswissenschaft *Herwig Birg* liest sich das so: „Um zu mehr Kindern zu kommen, sieht Birg die Lösung nicht bereits darin, daß allen Frauen ermöglicht werde, Familienarbeit und Erwerbstätigkeit zu verbinden.... Besser sei es, Frauen zu ermöglichen, vollzeitlich für ihre Kinder da zu sein. Die Gehirnforschung habe ergeben, daß Kinder für eine positive Entwicklung ein Urvertrauen benötigten. Dies bekämen sie nur, wenn sie 24 Stunden eine Bezugsperson hätten, nicht aber den Wechsel zwischen Tagesmutter und leiblicher Mutter".

Bringfriede Jung, Leserbriefschreiberin aus Fahrenbach, ist der gleichen Meinung, drückt sie aber deutlicher aus: „Schuld daran ist die völlig fehlverstandene Formel von der ‚Emanzipation der Frau'. Früher hieß ‚Gleichberechtigung', daß die für unser Volk höchst wichtige Aufgabe der Frau, die kommende Generation in einer Familie zu erziehen, der Arbeit des Mannes gleichgestellt wurde. Die Frau sollte ihre Stimme – gerade für die Familie – erheben, und allen Frauen ohne Familie sollten die von ihnen gewünschten Berufe offenstehen. Statt dessen fingen die Frauen an, ‚sich selbst zu verwirklichen'. In Wirklichkeit lief das darauf hinaus, dem Mann hinterherzuhecheln, in dem Bestreben, zu zeigen, daß die Frau alles ‚genauso konnte wie der Mann'. Also: Gleichmacherei statt Gleichberechtigung. ... Es mag unzeitgemäß klingen: Wir brauchen nicht mehr Kindergarten-Plätze, sondern richtige Mütter. Allerdings dürfte deren Rolle auch nicht mehr öffentlich disqualifiziert werden. Vielmehr müßten diese Frauen in ihrem Wert für unser sterbendes Volk endlich die ihnen gebührende Anerkennung erfahren".

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507